Die Synagoge Lippstadt

und der

Kulturraum Synagoge Lippstadt e. V.

Materialien

von Dirk Raulf

S.2 Die Synagoge Lippstadt - historische Übersicht

S.8 Zerstörung der Lippstädter Synagoge 1938

S.12 Verkauf & Nutzung nach 1950

S.14 Kultur- und Erinnerungsort seit 2020:
Kulturraum Synagoge Lippstadt

S.21 Anhang: Dokumente

1. Die Synagoge Lippstadt - historische Übersicht

Die Synagoge Lippstadt wurde 1852 von der jüdischen Gemeinde Lippstadt eingeweiht.

Aufgrund eines Ratsbeschlusses von 1580/1600, der jüdische Familien aus der Stadt ausgeschlossen hatte, war Lippstadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts – von Ausnahmen abgesehen – „judenfrei“ gewesen.

„Auf Betreiben der um ihre Privilegien bangenden Lippstädter Ämter (Zünfte) beschloss der Rat 1578/79, die Niederlassung von Juden ‚hinfüro zu ewigen Zeiten‘ zu verbieten. Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges wurden keine Juden längerfristig in der Stadt geduldet.“[1]

Nach 1815 zogen allmählich wieder jüdische Familien nach Lippstadt, überwiegend aus der unmittelbaren ländlichen Umgebung.

„Eine Betstube soll schon gegen Mitte des 18.Jahrhunderts in einem Privathaus in der Judenstraße, der heutigen Rathausstraße, bestanden haben; danach wurde eine Räumlichkeit in einem anderen Privathause in der Marktstraße genutzt. Als die jüdische Gemeinde anwuchs, wurde 1851/1852 in der Stiftstraße, der heutigen David-Gans-Straße, ein größeres Gotteshaus erstellt.“[2]

Folgende Seite:
Aus „Allgemeine Zeitung des Judentums” Ausgabe 42/1851 vom 13.10.1851[3]

---

[1] Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Westfalen und Lippe, E-Book-Ausgabe, © Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Historische Kommission für Westfalen 2021. Darin: Joachim Rüffer, Hans-Christoph Fennenkötter: *Ortsartikel Lippstadt.*

[2] https://www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/k-l/1208-lippstadt-nordrhein-westfalen; besucht am 31.10.2024

[3] https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/3225714

Aus Westphalen, im September. (Privatmitth.) Erlauben Sie mir, Ihnen von einer kleinen Reise einen kleinen Bericht abzustatten. — In Lippstadt ist eine prächtige Synagoge der Vollendung nahe und wird recht bald dem gottesdienstlichen Gebrauche übergeben werden können. Mit besonderm Lobe aber verdient in diesen Spalten die Opferwilligkeit der Gemeinde erwähnt zu werden, weil es hierdurch allein möglich geworden, die, nach unserm Dafürhalten, weit die Kräfte derselben übersteigenden Baukosten zu beschaffen. Die größte Anerkennung jedoch findet wol jedes Gemeindemitglied in dem erhebenden Bewußtsein, zur Herstellung dieses herrlichen Tempels das Seinige nach Kräften beigetragen zu haben. An der dortigen Schule ist seit ungefähr einem halben Jahre Herr M. Schneidacher thätig, ein junger Mann, der uns schon seit einigen Jahren als ein seines Amtes gewachsener, fleißiger Lehrer bekannt ist. Die Schule ist in einem befriedigenden Zustande. —

Die Lippstädter Zeitung „Der Patriot“ kündigte am 30. Juli die Einweihung an:

Politische und sonstige Neuigkeiten.

Lippstadt. Die diesjärige General-Versammlung der Pius-Vereine, meldet die Kolner Zeitung, findet in der Zeit vom 5. bis 12. September in Münster Statt, und wird voraussichtlich sehr zahlreich besucht werden. Zu derselben Zeit wird die General-Versammlung der Gustav-Adolph-Vereine in Wiesbaden und der evangelische Kirchentag in Bremen abgehalten.

— Die hiesige israelitische Gemeinde begeht heute die feierliche Einweihung ihrer neuerbauten Synagoge. Indem wir es rühmend anerkennen müssen, daß die wenigen Israeliten, die hier wohnen, gewiß nicht ohne große Aufopferung, es dahin gebracht haben, einen schönen Tempel zur Vollendung zu bringen, können wir unsern Schmerz nicht unterdrücken, wenn wir an die in der Nähe, jetzt zu einer Ruine gewordene, sich befindende Stiftskirche denken. Müssen die Christen sich nicht schämen, daß dort, wo ihr christliches Gotteshaus zu einer Ruine geworden, ein jüdischer Tempel stolz und prächtig hervorragt?

Und am 3. August wurde in derselben Zeitung von dem Ereignis berichtet.

Erscheint wöchentlich 2 Mal, des Dienstags und Freitags, ist durch die königlich Preußischen Post-Aemter und alle Buchhandlungen zu beziehen, und kostet in der Expedition 10 Sgr., durch die Post oder Boten bezogen 12 Sgr. 6 Pf. pränumerando.

Der Patriot.

Inserate werden aufgenommen, und kostet die Zeile oder deren Raum 8 Pf. Inserate unter 6 Zeilen 4 Sgr., und werden dieselben 24 Stunden vor dem Erscheinen dieses Blattes erbeten, später einlaufende werden für die zunächst erscheinende Nummer zurückgelegt.

Zeitung für Stadt und Land und Intelligenzblatt für die Provinz Westphalen.

№ 82. (Fünfter Jahrgang.) Lippstadt Dienstag, den 3. August. 1852.

Politische und sonstige Neuigkeiten.

W **Lippstadt,** den 30. Juli. In der letzten Nummer dieses Blattes bemerkten wir, daß am heutigen Tage die hiesige israelitische Gemeinde die feierliche Einweihung ihres neuen Tempels begehen würde. Das ist denn auch geschehen und auf die beste Weise von Statten gegangen.

Nachdem ungefähr 400 Juden beiderlei Geschlechts sich vor dem alten Betlokale versammelt hatten, zogen sie gegen 4 Uhr Nachmittags mit der Regimentsmusik voran, nach der neuen Synagoge, wo der Andrang so groß war, daß man kaum hindurch konnte. Besonders wird die Predigt, von dem Ober-Rabbiner Dr. Philippsohn aus Magdeburg gehalten, als eine ausgezeichnete geschildert, so daß von allen Seiten der Wunsch sich kund gab, daß dieselbe dem Drucke übergeben würde, welches auch geschehen wird. — Am Sonnabend fand ein großer Ball in dem Saale der Eintracht Statt, dem so viele Israeliten beiwohnten, daß über 140 Thlr. allein für Entree eingenommen wurden.

Das einzige bisher bekannte historische Foto der Synagoge (s. u.) zeigt sie etwas zurückgesetzt von der Straße neben dem das Foto dominierenden benachbarten Fachwerkhaus. Man betritt einen Vorplatz, gut erkennbar dahinter sind die Bogenfenster und der Treppengiebel. Im vorderen Bereich befand sich die kleine jüdische Elementarschule[4], dahinter öffnete sich der bis zum Dach reichende, prächtige Gebetsraum. In der Lippstädter Synagoge gab es keine Frauen-Empore, da die Gemeinde liberal ausgerichtet war.

[4] Näheres dazu s. Anhang, Eduard Mühle 1985 in den „Heimatblättern“

Vom Inneren der Synagoge ist bis heute ebenfalls nur ein bekanntes Bild erhalten, das den Thoraschrein an der Ostwand der Synagoge zeigt.

Links oben, etwas verdeckt durch den Leuchter, erkennt man eines der beiden kreisrunden Fenster links und rechts des Thoraschreins, die heute im Obergeschoss der Synagoge zu sehen sind. Von außen aus dem Garten ist auch die Form des Schreins erkennbar (s. Foto unten von 2023). In einen Teil der Nische wurde in der Nachkriegszeit der Schornstein eingebaut, so dass im Obergeschoss von innen nur der übrige Teil des ehem. Thoraschreins zu sehen ist und die Fenster innen nicht mehr symmetrisch angeordnet wirken.

„1853 wurde der Synagogenbezirk Lippstadt gegründet, dem zahlreiche kleine Ortschaften angeschlossen waren, u.a. Benninghausen, Dedinghausen, Esbeck, Hellinghausen, Herringhausen, Kirchspiel Horn, Hörste, Mettinghausen und Rixbeck.“[5]

Um 1855 gab es ca. 100 jüdische Bürger:innen in Lippstadt, gegen Ende des 19. Jahrhunderts fast 300. Danach nahm ihre Zahl allmählich wieder ab.

Am 8. August 1929 wurde feierlich das 75jährige Bestehen der Synagoge begangen. Der Bericht aus dem „Patriot“ dokumentiert die große Bedeutung der jüdischen Gemeinde im Lippstädter Leben sowie die Teilnahme der Lippstädter Bevölkerung. Nichts deutet darauf in, dass der Gemeinde bereits 5 Jahre später, im Jahre 1934, empfohlen

[5] a. a. O., siehe Fußnote 1

wird, „sich ein anderes Versammlungslokal als das in der Stiftstraße zu suchen, da dieses direkt gegenüber dem Lippstädter SA-Heim lag.

Lippstadt, den 8. August.

△ **Eine eindrucksvolle Feier** veranstaltete die hiesige israelitische Gemeinde am gestrigen Sonntag zur Einweihung eines Denkmals für ihre Gefallenen. Zu der um 9 Uhr beginnenden Feier hatten sich auf dem jüd. Friedhofe zahlreiche Teilnehmer eingefunden; die städt. Körperschaften wurden vertreten durch die Herren Bürgermeister Rohl und Stadtv.-Vorsteher Laumanns. Nach einem einleitenden Vortrage des Doppelquartetts „Rheingold", das unter der Leitung des Herrn Lehrers Schumacher im Laufe der Feier mehrere stimmungsvolle Chorlieder zu Gehör brachte, ergriff Herr Prediger J. Horwitz das Wort zu längeren, tiefdurchdachten Ausführungen, die getragen waren von Gefühlen tiefer Vaterlandsliebe und Religiösität. Er warf einen ergreifenden Rückblick auf den Weltkrieg mit seinen unendlich schweren Opfern an Gut, Blut und Leben, der auch 9 blühende junge Menschenleben der hiesigen israel. Gemeinde dahingerafft habe. In blutigem Kampfe dahingerafft, hätten diese wackeren Helden ihre Vaterlandsliebe mit dem Herzblute besiegelt und dazu beigetragen, den schweren Stein von dem Brunnen des Vorurteils zu wälzen. „Das Vaterland über alles!" müsse auch heute das Leitwort für jeden sein, der es ehrlich mit dem Wiederaufbau meine. Der Denkstein für die Gefallenen solle eine Mahnung zur Versöhnung der Glaubensgemeinschaften, Parteien und Stände sein. Nur mit der Gesinnung wahrer Gottes- und Nächstenliebe könne das schwere Werk des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes gelingen. — Herr Kaufmann H. Levy übergab mit bewegten Worten das Denkmal dem Schutze der Oeffentlichkeit, indem er allen dankte, die zu dem Gelingen des Werkes beigetragen hätten. Aus den Gefühlen eines Mitkämpfers heraus gedachte er der schweren Opfer der Kriegsteilnehmer, die freudig ihr Herzblut hingegeben hätten zur Verteidigung des Vaterlandes gegen übermächtige Feinde. — Das Denkmal ist aus Sandstein hergestellt, in einfachen edelen Formen gehalten. Auf der Vorderseite trägt es eine mit Symbolen geschmückte Bronzetafel mit der Inschrift: Den Heldentod fürs Vaterland starben: Otto Dannenbaum, Hermann Goldschmidt, Leo Eichmann, Walter Ganz, Georg Levy, Hermann Lichtenfels, Bernhard Lilienfeld, Leopold Rosenstein und Otto Stern. An dem Denkmal waren eine Anzahl von Kränzen und Blumenspenden niedergelegt. Der Krieger- und Landwehrverein, der Garde- u. Artillerieverein waren durch Fahnen-Abordnungen vertreten. Mit einem Gebet schloß Herr Prediger Horwitz die würdige Feier.

2. Zerstörung der Lippstädter Synagoge 1938

Während der sog. *‚Reichskristallnacht‘* im November 1938 fiel die Synagoge einem Brandanschlag zum Opfer; Dachstuhl und Innenräume brannten völlig aus. Die anwesende Feuerwehr, die die Nachbargebäude schützte, unternahm nichts, um den Synagogenbrand zu löschen. 23 männliche Lippstädter Juden wurden inhaftiert und mehrere ins KZ Oranienburg verschleppt.“[6]

„Der 9. November ist der Tag, an dem organisierte Schlägertrupps jüdische Geschäfte, Gotteshäuser und andere Einrichtungen in Brand setzten. Es ist der Tag, an dem Tausende Jüdinnen und Juden misshandelt, verhaftet oder getötet wurden. Spätestens nun konnte jeder in Deutschland sehen, dass Antisemitismus und Rassismus bis hin zum Mord staatsoffiziell geworden waren. Diese Nacht war das offizielle Signal zum größten Völkermord in der Geschichte.“[7]

Nach 1938 gab es noch 38 Jüdinnen und Juden in Lippstadt, Ende 1942 waren nach Deportationen noch ganze 4 übrig die in „privilegierter Mischehe“ lebten.

Die Pogromnacht am 9. November 1938 ist umfassend dokumentiert.[8] Sehr empfehlenswert ist der Band "Pogrom 1938. Das Gesicht in der Menge“ des Berliner Fotografen Michael Ruetz.

Einen literarische Darstellung aus der Region lieferte die in Paderborn geborene jüdische Schriftstellerin Jenny Aloni (1917 – 1993). Sie beschreibt in „Kristall und Schäferhund“ (1963) sehr anschaulich und detailliert die Erlebnisse dieses Tages.

„Die Synagogen brannten. Innen mit Petroleum angezündet, außen kunstgerecht mit Löschgeräten kaltgehalten, stiegen ihre Flammen in allen Städten und in allen Dörfern Deutschlands in den Novemberhimmel auf. Sie sollten als Symbole dienen, und zu Symbolen wurden sie.“

---

[6] a. a. O., siehe Fußnote 1

[7] https://www.lpb-bw.de/reichspogromnacht

[8] Ausführliches Material: https://www.yadvashem.org/yv/en/exhibitions/kristallnacht/index.asp

Ein Gedicht von Jenny Aloni, das am 13.11.1938, also unmittelbar nach dem traumatischen Ereignis entstand, bezieht sich auf die Plünderungen, die während der Pogromnacht stattfanden.

Nach dem Sturm

Und wieder ist es wie zu allen Stunden,
im Herbstlicht brennt das jäh entflammte Land.
Die Buchen, einst vom Sommer grün umwunden,
verstreuen Funken auf den fahlen Sand.

Und Liebesleute wandeln eng umschlungen
auf Pfaden die im Dickicht stumm versickern,
und vor den Häusern spielen kleine Jungen
mit Reifen und mit blanken Knickern.

So ist es denn grad wie an andern Tagen,
nur daß die Kugeln heute silbern sind
und gestern noch in einem Bethaus lagen
auf heiligen Rollen in geweihtem Spind.

Auch in Lippstadt schützte die Feuerwehr die Nachbarhäuser, während die Synagoge ausbrannte. Bis heute ist kein Fotodokument dieser Nacht bekannt, bis heute tauchte kein Objekt aus der ehemaligen Synagoge wieder auf.

Die Tageszeitung „Der Patriot“, loyaler Teil der gleichgeschalteten deutschen Presse, titelt am 14. November
„Die Sühne für den Mord des Judentums“,
und die Unterzeilen lauten:
„Eine Milliarde Reichsmark als Buße den Juden auferlegt / Entfernung der Juden aus der deutschen Wirtschaft / Beseitigung aller durch die Empörung des Volkes entstandenen Schäden auf Kosten der Juden“[9]

Wörtlich abgedruckt wird in derselben Ausgabe die infame Verordnung Görings:

[9] Faksimile der entspr. Zeitungsseite im Anhang

Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden

Berlin, 12. Nov. Die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (RGB. I, Seite 887) verordne ich folgendes:

§ 1.

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2.

Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

§ 3.

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
gez. Göring, Generalfeldmarschall.

Der heute in Chicago lebenden George Levy Mueller und seine Schwester Ursula konnten Lippstadt 1939 als 8- bzw. 3jährige noch rechtzeitig verlassen in Richtung Niederlande. Von dort wurden sie jedoch in das Lager Bergen-Belsen deportiert, überlebten die Schrecken und konnten nach 1945 zu Verwandten in die USA auswandern.

George Levy Mueller hat unter dem Titel „Lucie's Hope“ eine Autobiographie vorgelegt. Er schreibt:

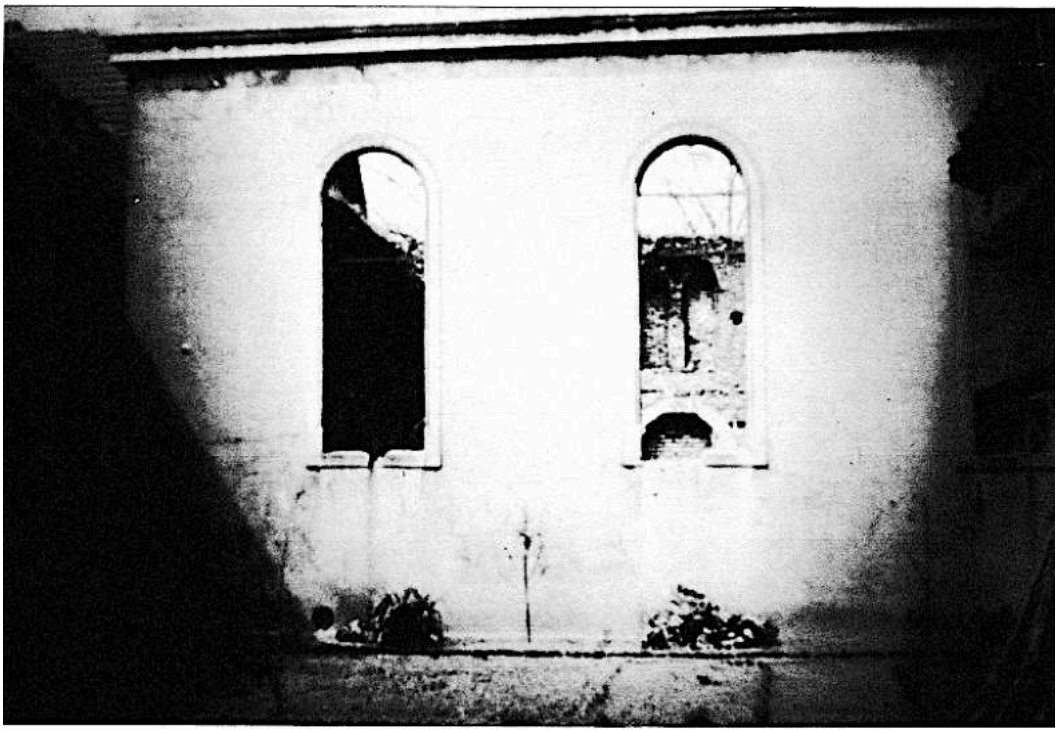
„(…) eines Tages sagte meiner Mutter mir, daß die Nazis meinen Vater und Onkel Ludwig mitgenommen hätten. Dies fiel mit der Kristallnacht zusammen, dem ersten Massenpogrom, der regierungsoffiziell durchgeführt wurde. In dieser „Glasscherbennacht“ vom neunten auf den zehnten November 1938 wurden viele deutsche Geschäfte, Häuser und Synagogen zerstört. Tausende von Juden in ganz Deutschland wurden verprügelt, verhaftet, gedemütigt und eingesperrt. Die Nazis brachten meinen Vater und meinen Onkel nach Sachsenhausen, in ein Konzentrationslager bei Oranienburg in der Nähe von Berlin. Wir sind

nun in den Besitz einer Kopie von Unterlagen der Nazis gekommen, die zeigen, wann mein Vater und mein Onkel in Sachsenhausen eingeliefert und entlassen wurden. Diese Behandlung war Teil der systematischen Verfolgung, welche der Politik tatsächlicher Vernichtung vorausging. Nach ein paar Wochen wurden die beiden nach Hause geschickt. Das offizielle Dokument zeigt als Entlassungsdatum den 22. Dezember 1938. Doch mein Vater kam auf einer Bahre nach Hause. Die Gefangenen selbst trugen ihn heim, und mein Onkel Ludwig kam zu Fuß vom Bahnhof. Drei Tage später starb er im Haus Lichtenfels, wohin er und mein Vater beide zurückgekehrt waren. Der Zustand meines Vaters war auch sehr schlecht. Ich ging hinein, um ihn zu sehen, und er saß weinend auf einem Toilettentisch. Er sagte, er könne seine Beine nicht mehr gebrauchen. Er hatte sie sich erfroren, als er im Lager gezwungen wurde, über lange Zeit hinweg im Schnee zu stehen, was zu Wundbrand und zu eiternden, entzündeten Stellen führte. Er hatte Entzündungen am ganzen Körper; wie ich mich erinnere, versuchte er, zu mir zu sprechen. Er berührte mich mit der Hand und wollte mir selbst jetzt noch versichern, daß alles gut werden würde. Bald wurde er in das katholische Krankenhaus von Lippstadt gebracht und wir gingen ihn besuchen (meine Mutter, meine Schwester und ich), aber er hatte uns den Rücken zugekehrt und war nicht in der Lage, viel zu sagen. Am nächsten Tag sagte meine Mutter mir (…), er sei tot. Er starb am 12. Januar 1939. (…) Ich war damals etwa achteinhalb Jahre alt. Nicht lange nach diesen Todesfällen bekam meine Mutter einen Brief von ihrem Halbbruder, Onkel Rudolf. Onkel Rudolf war es schon früher gelungen, nach Argentinien zu fliehen. In seinem Brief stand, sie solle Deutschland verlassen, es wäre wichtig, daß sie aus dem Land ginge. Mutter respektierte Onkel Rudolf sehr und beschloß, seinem Rat zu folgen, aber sie konnte die entsprechenden Vorbereitungen nicht sogleich abschließen. Also traf sie wenigstens Vorkehrungen, daß Ursula und ich nach Holland gebracht wurden. (…) So kam es also, daß der Kindertransport, als er den Bahnhof verließ, unter seinen Passagieren Ursula und mich hatte, und wir fuhren nach Holland.“

Übersetzung: Jürgen Kalka

3. Verkauf & Nutzung nach 1950

Aus der Nachkriegszeit sind Fotos erhalten, welche die zerstörte Synagoge von Süden und von Osten zeigen; gut erkennbar die noch erhaltenen Öffnungen der Rundbogenfenster auf der Rückseite, die vermauerten Fenster auf der Vorderseite sowie eine Art Terrasse oder Freisitz an der Ostseite, der – ohne die niedrige Umfassung – noch heute erhalten ist. Laut ehem. Nachbarn wurde die Synagoge zu dieser Zeit u. a. als Hühnerstall genutzt, Nachbarskinder spielten darin.



In den fünfziger Jahren wurde die Ruine von den Geschäftsleuten Seiger in der Nachbarschaft gekauft und umgebaut, um als Lager und Werkstatt zu dienen. Die Rundbogenfenster wurden begradigt, Industrieglas eingesetzt, eine Zwischendecke wurde eingezogen, das Gebäude erhielt ein neues, niedrigeres Dach aus Eternitplatten. Auf dem ehemaligen Vorplatz der Synagoge wurde ein neues Gebäude errichtet, mit Garagen im Erdgeschoss und zwei Stockwerken mit Wohnungen. Die Vorderseite der Synagoge wurde als Rückseite dieses neuen Gebäudes genutzt, so dass die ehemalige Synagoge nun als rückwärtiger „Anbau“ aus dem Straßenbild der Stiftstraße verschwunden war.

1989 wurden die Überreste der ehemaligen Synagoge sowie das historische Gartenhaus unter Denkmalschutz gestellt. Seit 2008 informieren auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Modell aus Edelstahl sowie eine Hinweistafel über die ehemalige Synagoge.

4. Kultur- und Erinnerungsort seit 2020: Kulturraum Synagoge Lippstadt

Auf gemeinsame Initiative des Historikers Prof. Jürgen Overhoff und des Künstlers Dirk Raulf gab es am 20. September 2020 erstmals wieder die Einladung an die Öffentlichkeit, die Räumlichkeiten im Rahmen eines „Tages der Offenen Tür“ zu besichtigen.[10] Dies war der Beginn einer Initiative zur Entwicklung der ehem. Synagoge zu einem Ort für Kultur, Begegnung und Gedenken.[11] Im Februar 2022 wurde der Verein „Kulturraum Synagoge Lippstadt e. V.“ gegründet, der seither für das rege Kulturprogramm verantwortlich zeichnet und heute (Stand Okt. 2024) rund 90 Mitglieder zählt.

Aus der Satzung des Vereins (Fassung vom 14.12.2023):

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur im Zusammenhang mit der ehemaligen Lippstädter Synagoge (Stiftstraße 7, 59555 Lippstadt) und die Förderung des Denkmalschutzes im Zusammenhang mit der besagten ehemaligen Lippstädter Synagoge. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

a) Aufführungen, Vortrags- und sonstige Veranstaltungen, die die bedeutende Geschichte des Ortes würdigen und mit aktuellen Präsentationen aus Kunst und Kultur verbinden;
b) historische Recherche und Präsentationen, die die Synagoge selbst und die Geschichte jüdischen Lebens, jüdischer Bildung und Kultur in Lippstadt, in der Region und darüber hinaus betreffen;
c) Zusammenarbeit und Austausch mit anderen Initiativen und Akteuren in den Bereichen Kunst und Kultur, Bildung, Politik und Wirtschaft in Lippstadt und darüber hinaus;
d) Zusammenarbeit und Austausch mit überregionalen und internationalen Initiativen und Akteuren in den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft;
e) Förderung künstlerisch-kultureller Projekte in Bezug auf die Lippstädter Synagoge;
f) Pflege der bestehenden Bausubstanz und Infrastruktur sowie Initiativen zur angemessenen Verbesserung, Renovierung und Restaurierung derselben, dies unter Berücksichtigung des geltenden Denkmalschutzes;
g) Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Erarbeitung und Veröffentlichung digitaler wie analoger Dokumentationen und Präsentationen;

[10] Programmfolge im Anhang

[11] siehe Anlagen: Presseartikel aus „Der Patriot“

Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Gespräche, Filme, Workshops, Musik, Führungen hauchen den Räumen neues Leben ein.[12] Seit 2021 markiert die in den Abendstunden leuchtende Installation „Fenster“ der Künstlerin Lynne Leegte (s. o.) den Standort der ehemaligen Synagoge und den heutigen Eingang des Kulturraums.

Das auf den ersten Blick unscheinbare Gartenhaus, das der jüdischen Gemeinde u. a. als Gartenküche diente, in dem sich aber auch die Aborte befanden, blieb 1938 von der Zerstörung verschont. Bei Aufräumarbeiten wurden auf den ehemaligen Toilettentüren und -wänden zahlreiche Sütterlin-Kritzeleien und Ritzungen entdeckt. Sie stellen die letzten noch erhaltenen schriftlichen Spuren der jüdischen Gemeinde auf dem Gelände dar.

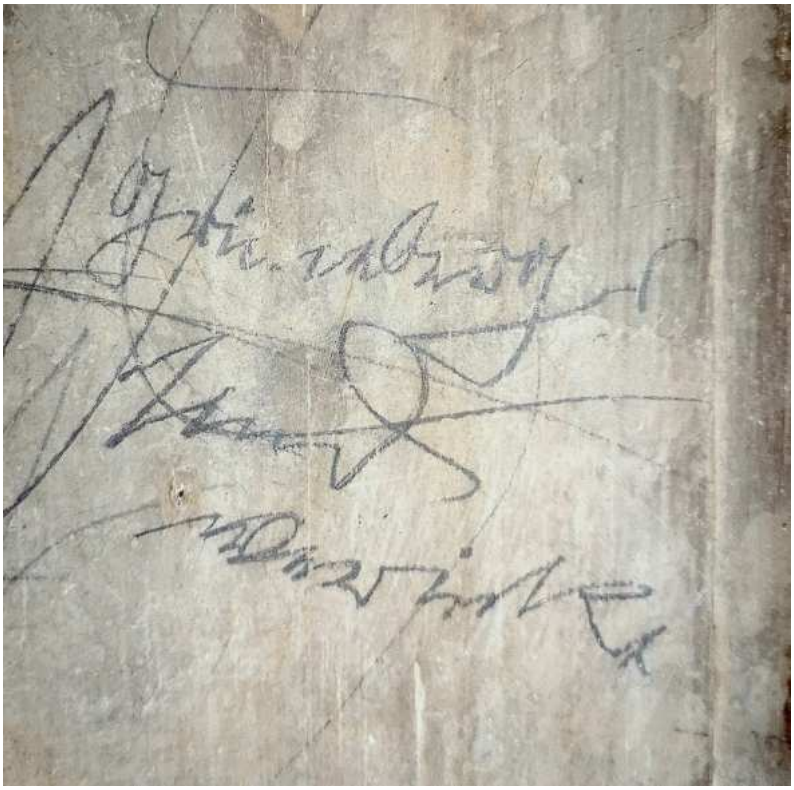
Unter anderem fanden sich die Zeilen „Grünebergs sind verrückt“, die sich auf die jüdische Lippstädter Familie Grüneberg beziehen werden, und eine Karikatur des Isaak Rosenfeld, seit 1888 Lehrer der jüdischen Elementarschule.

---

[12] Programmübersicht 2023/24 im Anhang

Foto der Rückseite der ehem. Synagoge und des Gartenhauses 2024

Sütterlin-Kritzelei „Grünebergs sind verrückt“



Karikatur des Isaak Rosenfeld, gefunden auf einer Türzarge:

Die aus Israel stammende Künstlerin Michal Fuchs schuf 2023 nach dem Schriftzug „Grünebergs sind verrückt“ ein Neon-Kunstwerk mit demselben Titel, das nun auf Dauer im Obergeschoss des Kulturraum Synagoge in den Resten des ehem. Thoraschreins zu sehen ist.[13]

[13] Das Neon-Kunstwerk wurde von der Sparkassenstiftung zur Förderung der Kunst erworben und dem Kulturraum auf Dauer als Leihgabe zur Verfügung gestellt.

Bei der Sanierung des baufälligen Daches des Gartenhauses wurde eine „Genisa“ entdeckt:

„ein verstecktes Depot zur Aufbewahrung unbrauchbar gewordener Schriften. Was in ihr verborgen ist, soll vor der Zerstörung durch Menschenhand bewahrt werden. Hierbei handelt es sich um das grundlegende Prinzip des Judentums: die Einheit und Ewigkeit Gottes, offenbart in seinem Namen JHWH. (…)

Dieses Gebot umfasst nach rabbinischem Verständnis sowohl den Umgang mit dem Namen als auch mit jeglichen Schriftstücken, die ihn enthalten. (…) Der bereits niedergeschriebene Name darf aber unter keinen Umständen zerstört werden.

(…)

Der Brauch, heilige Schriften in einer Genisa aufzubewahren und sie später auf dem Friedhof zu begraben, leitet sich aus einem Vers der Mischna (Traktat Schabbat) ab: ‚Alle heiligen Schriften muss man vor dem Feuer retten … Und selbst, wenn sie in einer anderen Sprache geschrieben sind, müssen sie versteckt (also bewahrt) werden.‘“[14]

[14] https://www.juedische-allgemeine.de/glossar/genisa/ - besucht am 1.11.2024

Unter den Schriften befand sich u. a. das Buch „Kelch des Heils - Ein Andachtsbuch für Frauen und Jungfrauen jüdischen Glaubens“ von E. Hecht, das 1856 im sauerländischen Brilon erschien, sich also auf die Anfangszeit der Synagoge, zurückdatieren lässt.

Foto-Nachweise:

S.5 historisch
S.6 Dirk Raulf
S.12 historisch
S.13 Raulf
S.15 Raulf
S.16 oben Maria Zarada
S.16 unten Raulf
S.17 + 18 Sandra Püttmann
S.19 Raulf
S. 30 Püttmann

Lippstadt 1985

Heimatblätter

65. Jahrgang / Folge 7

GEGRÜNDET 1914 VON CARL LAUMANNS / BEILAGE ZUM „PATRIOT" UND ZUR GESEKER ZEITUNG

Das Schulwesen der jüdischen Gemeinde in Lippstadt während des 19. Jahrhunderts

Von EDUARD MÜHLE (MÜNSTER)

Zu den wichtigsten religiösen Pflichten eines Juden gehörten stets das lebenslängliche Studium der Thora und die Belehrung der Kinder über Gesetz und Geschichte Israels. Dem Unterricht, dem Studium und der Gelehrsamkeit kam daher innerhalb des Judentums von jeher eine außerordentliche Bedeutung zu. Schon allein um als religiös mündige Person aktiv am Synagogengottesdienst teilnehmen zu können, mußte ein Jude hebräisch lesen und schreiben gelernt haben. Der Schulbesuch bildete mithin die Grundvoraussetzung der Gesetzeserfüllung. So war jeder Synagoge, jedem Bethaus stets eine Schule angegliedert, in der den Kindern Hebräisch, der Inhalt und die Auslegung der Thora sowie der Gebetskanon vermittelt wurden. An nicht religiösem Wissen wurde in der Regel lediglich etwas Arithmetik gelehrt, denn bis der im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Emanzipation einsetzende Prozeß der kulturellen Integrierung auch zu einer Säkularisierung der jüdischen Bildung führte, war diese eine ausschließlich religiöse Bildung, deren Ziel allein das Verständnis und die Erfüllung des Religionsgesetzes war. Alles zum Händler- und Kaufmannsberuf, dem die Juden in der Mehrzahl nachgingen, Notwendige erlernten die jüdischen Knaben in der Praxis des väterlichen oder schwiegervätterlichen Geschäfts, in das sie mit 13 Jahren als Gehilfen eintraten.[1]) Die Mädchen wurden auf ihre Rolle in der Familie vorbereitet und erhielten aufgrund ihres Entbundenseins vom Thorastudium in der Regel eine weniger gute Schulbildung, wenn sie vor dem 19. Jahrhundert überhaupt eine solche genossen.

Lebten an einem Ort nur wenige jüdische Familien, für die die Unterhaltung einer Gemeindeschule nicht in Frage kam, so wurde, wenn irgend möglich, ein Hauslehrer angestellt.[2])

Auch die beiden Schutzjudenfamilien, die während des letzten Drittels des 17 Jahrhunderts und während des 18. Jahrhunderts in Lippstadt lebten, dürften ihren Kindern mit Hilfe eines Hauslehrers den Elementarunterricht ermöglicht haben. Daß eine solche Elementarbildung zumindest für die Söhne des 1669 nach Lippstadt gekommenen Benedict Elias Gumpertz[3]) bereits eine recht fundierte und über den traditionellen Kanon jüdischen Elementarlernstoffes hinausreichende Bildung gewesen sein mußte, legt die Tatsache nahe, daß von ihnen Salomon Gumpertz die Aufnahmeprüfung der Universität Leiden bestand und dort Medizin studierte und Mordechai Gumpertz eine wohl in Amsterdam aufgenommene Ausbildung zum Rabbiner erhielt.[4])

Über derartige indirekte Hinweise hinaus[5]) ist über Art und Inhalt des jüdischen Elementarunterrichts in Lippstadt für die Zeit vor Beginn des 19. Jahrhunderts gleichwohl nichts weiter bekannt. Erst mit dem seit 1810 einsetzenden allmählichen Zuzug weiterer jüdischer Familien nach Lippstadt[6]) wird über die Schulangelegenheiten der sich nun als Gemeinde konstituierenden Lippstädter Judenschaft ausführlicher berichtet.

DIE ANFÄNGE DES GEMEINDLICHEN JÜDISCHEN SCHULWESENS NACH 1815

Nachdem mit Errichtung der Provinz Westfalen im Jahr 1815 der Korporationscharakter der westfälischen Judenschaften aufgehoben worden war und die einzelnen jüdischen Gemeinden nur noch als staatlich erlaubte Privatgesellschaften angesehen wurden, entbehrte das jüdische Schulwesen Westfalens, wie die gesamte westfälische Judenschaft jeglicher übergeordneter Organisation und Ordnung. Jede Gemeinde besaß auf diese Weise in Schulangelegenheiten völlige Autonomie.[7]) Denn obgleich allgemein von Anbeginn der Emanzipationsbewegung staatliche Maßnahmen zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für das jüdische Erziehungswesen ergriffen worden waren[8]), hatte doch das Desinteresse, das die preußische Regierung im Zuge der Restauration seit 1815 dem jüdischen Schulwesen entgegenbrachte[9]), dazu geführt, daß hier zunächst keinerlei Gesetzesinitiativen eingeleitet wurden, die eine Besserung der ungeordneten und wenig befriedigenden Zustände hätten bewirken können.

Die Gestaltung und Organisation jüdischen Unterrichts lag damit zunächst allein in der Hand der Gemeindemitglieder. Bei der Einrichtung einer privaten Elementarschule, bzw eines privaten Religionsunterrichts stellte sich den Gemeinden allerdings eine Reihe von Schwierigkeiten in den Weg. Da die während der französischen Fremdherrschaft errichteten Ausbildungsstätten für einheimische jüdische Lehrer nicht fortbestanden und die Anwerbung von Personen aus anderen Gebieten durch Zuzugsbeschränkungen erheblich erschwert wurde[10]), fehlte es an geeigneten Lehrern.

Darüber hinaus bereitete die Lehrerbesoldung stets besondere Probleme, da die Einziehung der von den einzelnen Gemeindemitgliedern zu zahlenden Beiträge infolge des privatrechtlichen Charakters der Gemeinden nur auf „freiwilliger" Basis erfolgen konnte, was fast zwangsläufig zu Versuchen verführte, sich diesen Abgaben zu entziehen. Es kam in diesem Zusammenhang daher nicht selten zu heftigen innergemeindlichen Auseinandersetzungen.

Auch die Lippstädter Juden standen seit 1815 vor derartigen Problemen. Auch sie konnten bis in die vierziger Jahre hinein kaum qualifizierte Lehrer für einen jüdischen Unterricht gewinnen und auch bei ihnen kam es immer wieder zu Versuchen einzelner Gemeindemitglieder, sich ihrer Beitragspflicht zur Lehrerbesoldung — war einmal eine geeignete Person gefunden — zu entziehen.

Die genannten Schwierigkeiten und die unbefriedigende Qualifikation der Lehrkräfte mußten, solange diese Übel nicht abgestellt waren, zu einer hohen Fluktuation der Lehrer führen. Die Aussage des Vorstehers der Lippstädter Gemeinde, Peretz Bacherach, aus dem Jahre 1817, daß die Gemeinde „alle 6 oder 12 Monate gewiß einen anderen Lehrer" hätte,[11]) bezeichnet insofern durchaus keine Ausnahmesituation. Durch diese häufigen Lehrerwechsel kam es naturgemäß zu gelegentlichen Vakanzen, so daß der Bürgermeister lapidar feststellte: „Wenn ein jüdischer Lehrer vorhanden ist, so wird dieser von der Gemeinde auf Kündigung gewählt, wenn kein Lehrer vorhanden (ist), gibt es keinen Religionsunterricht."[12])

War auf diese Weise also nicht einmal ein regelmäßiger jüdischer Religionsunterricht gewährleistet, so konnte an einen regelmäßigen jüdischen Elementarunterricht zu diesem Zeitpunkt noch viel weniger gedacht werden. Ihre Elementarbildung erhielten die jüdischen Kinder daher bis zur Mitte der vierziger Jahre in der Regel in den christlichen Elementarschulen, vorzugsweise der evangelischen. Wenn ein jüdischer Lehrer, den die Gemeinde nicht zuletzt als Vorsänger und Schächter benötigte, am Ort war, kam zu dem christlichen Elementarunterricht dann auch der jüdische Religionsunterricht hinzu.

Daß die Lippstädter Juden unter den bestehenden Umständen durchaus Wert darauf legten, ihre Kinder in die christlichen Schulen zu schicken, bezeugt der Bürgermeister in seinem Gutachten „über den Zustand der hiesigen Judenschaft" vom Februar 1818, in dem es heißt, „alle (Lippstädter Juden) sorgen dafür, daß ihre Kinder besser unterrichtet und zu guten Menschen gebildet werden, daher sind sie nicht mit dem elenden Unterrichte zufrieden, der ihnen von den jüdischen, meist unwissenden und dabei unmoralischen Lehrern gegeben werden kann, sondern schicken ihre Kinder in die christlichen Schulen, besonders auf das Gymnasium, wo sie sich mitunter durch Fleiß und Aufmerksamkeit auszeichnen."[13])

Das hier geäußerte Urteil über die jüdischen Lehrer wurde dabei in ähnlicher Weise auch von jüdischer Seite geteilt. Ein Jahr später, 1819, drückte beispielsweise der jüdische Prediger L. L. Hellwitz aus Werl seine Klage darüber aus, daß „jeder hergelaufene Israelitenbursche, wenn er etwas vom Talmud weiß und erträglich deutsch schreiben kann, als Lehrer angestellt" werde.[14]) Dem Vertreter des Reformjudentums, Hellwitz, der wie die übrigen Kritiker des traditionellen rabbinischen Judentums und Anhänger einer Reform und Modernisierung der jüdischen religiösen Ausdrucksformen, durch eine verbesserte und säkularisierte Erziehung und Bildung die rechtliche und soziale Gleichstellung der Juden zu beschleunigen hoffte,[15]) ging es nicht allein um Kritik. Vielmehr hoffte er durch seine Vorschläge zur Besserung der bestehenden Verhältnisse beizutragen. So forderte er dort, „wo die Anlegung einer israelitischen Schule fürs erste oder überhaupt nicht angeht, die Eltern an(zu)halten ., ihre Kinder beiderlei Geschlechts in die christliche Stadt- oder Dorfschule zu schicken."[16]) Waren die Lippstädter Juden dieser Forderung grundsätzlich bereits seit einiger Zeit von sich aus nachgekommen, so kam es doch auch hier noch gelegentlich vor, daß die Kinder nicht mit der notwendigen Regelmäßigkeit zum Schulbesuch angehalten wurden. Eine durchgreifende staatliche Aufsicht, die einen regelmäßigen Schulbesuch hätte gewährleisten können, gab es schließlich noch nicht.

REGIERUNGSMASSNAHMEN ZUR BESSERUNG DER ZUSTÄNDE

Den sich mehrenden Beschwerden und Berichten über den ungenügenden Zustand des jüdischen Schulwesens in Westfalen konnten sich die Behörden auf Dauer nicht entziehen. Sie selbst hatten, wie es in einer 1822 erlassenen Verordnung der Arnsberger Regierung hieß, „vielfache Gelegenheit gehabt, zu erfahren, daß die allen Staatseinwohnern gesetzlich obliegende Verbindlichkeit, ihren Kindern nöthige Bildung mittels eines ordentlichen und regelmäßigen Schulunterrichts ertheilen zu lassen, von den Israeliten noch häufig entweder äußerst vernachlässigt oder dieser Unterricht solchen umherwandernden Religionsverwandten anvertraut wird, welche so wenig nach ihrem sittlichen Charakter als nach ihrer Geschicklichkeit zu Bildnern der Jugend geeignet sind."[17])

Um diesem Übelstand gegenzusteuern, verwies die genannte Verordnung nachdrücklich auf die auch für die jüdischen Kinder selbstverständlich bestehende Schulpflicht und entband sie nur dann vom Besuch der örtlichen Schulen, wenn die jüdische Gemeinde mit Genehmigung der Regierung „eine besondere Schulanstalt auf gemeinschaftliche Kosten" errichtete und einen von einer Schulkommission oder dem Schulinspektor des Bezirks „geprüften und tüchtig befundenen Lehrer" berief.[18]) Da aber auch weiterhin „an mehreren Orten von solchen jüdischen Lehrern Schule gehalten oder Privatunterricht ertheilt" wurde, „welche so wenig die gesetzliche Prüfung als die erforderliche Konzession als Privatlehrer erhalten" hatten und da „hin und wieder sich noch jüdische Kinder befinden, welche weder in einer christlichen noch in einer jüdischen Schul- oder Privatanstalt den nöthigen Unterricht" empfingen, mußte die Verordnung bereits drei Jahre später, im Juli 1825 in ähnlicher Form erneut publiziert werden.[19])

Auch in Lippstadt wurden diese Mißstände noch weiterhin beklagt, beispielsweise im Jahr 1827, als von 20 schulpflichtigen jüdischen Kindern 3 keine Schule besuchten und dem von der Arnsberger Regierung nicht konzessionierten Vorsänger und „Lehrer" Moses Westheimer „wiederholt untersagt (wurde), Privatunterricht zu erteilen"[20]) Westheimer hatte sich kurz zuvor einer Prüfung vor dem Schullehrerseminar in Soest unterzogen, dort aber, wie es hieß, „den gemäßigsten Forderungen nicht genügen können" worauf ihm die Konzession verweigert worden war.[21]) Trotz seiner unzureichenden Qualifikation und des obrigkeitlichen Unterrichtsverbots hielt ihn die Gemeinde gleichwohl noch bis September 1828 als „privaten" Religionslehrer in ihren Diensten. Die Gegenstände seines Unterrichts wurden dabei mit „Religion, Hebräisch, Schreiben und für die jüngeren Kinder deutsch lesen" angegeben.

Das Unterrichtslokal befand sich jeweils an verschiedenen Orten, deren Wahl davon abhing, welches Gemeindemitglied gerade einen geeigneten Raum zur Verfügung stellen konnte. Häufig kam es über die Wahl des Unterrichtsraumes auch zu Auseinandersetzungen unter den Gemeindemitgliedern. So bemerkte der Bürgermeister 1821, die bestehende „Unordnung im Schulwesen rühre daher, daß man sich in Ansehung des Locals zur Unterrichtsstube nicht einig werden konnte" [22])

Seinen Lohn erhielt der Lehrer nur zum Teil in barem Geld. Ein erheblicher Teil seiner Vergütung bestand in freier Unterkunft und Beköstigung durch die Gemeindemitglieder. Diese hatten daher nicht nur einen bestimmten, nach ihrem Vermögen und der Anzahl ihrer den Unterricht besuchenden Kinder festgelegten Geldbetrag abzuführen, sondern den Lehrer auch für einige Zeit in ihrem Haus und an ihrem Tisch aufzunehmen. Die Lehrer wohnten in der Regel im Unterrichtslokal. Die Reihenfolge, in der die Gemeindemitglieder ihn zu beköstigen hatten, wurde jeweils zuvor ausgelost. Dennoch kam es auch hier gelegentlich zu Auseinandersetzungen und Leistungsverweigerungen. Der Lehrer war derartigem Vorgehen stets mehr oder weniger schutz- und machtlos ausgeliefert. Angewiesen auf Unterkunft und Beköstigung durch die Gemeinde, war er von der Willkür ihrer Mitglieder völlig abhängig, wie das Beispiel des Moses Westheimer vom Februar 1828 anschaulich zeigt. Als diesem — der freilich offiziel als Lehrer gar nicht geduldet war — wieder einmal von einem Gemeindemitglied der Mittagstisch verweigert wurde, blieb er tatsächlich tagelang ohne Beköstigung, solange bis der Streit endlich beigelegt werden konnte.[23])

Sein dürftiges, zwischen 20 und 25 Taler pro Halbjahr schwankendes Gehalt konnte sich der Lehrer durch seine Vorsängertätigkeit, die ihm an den hohen Feiertagen eine Spende aus der Armenkasse der Synagoge einbrachte, sowie durch andere Nebenverdienste etwas aufbessern.

Neben dem Religionsunterricht und dem Vorsängeramt übte der Lehrer bis in die vierziger Jahre hinein und gelegentlich auch noch darüber hinaus, wie in vielen anderen kleinen und mittleren Gemeinden auch in Lippstadt, das Schächteramt aus. Dies konnte dem Unterricht hin und wieder etwas abträglich werden. Denn es geschah zuweilen, daß der Lehrer aus dem Unterricht gerufen wurde, um einem Gemeindemitglied ein Vieh zu schlachten, was dem Betroffenen offensichtlich wichtiger war, als ein geregelter Unterricht.[24]) Die Gemeinde begründete diese für das Unterrichtswesen keineswegs förderliche Mehrfachfunktion des von ihr angestellten „Lehrers" 1827 damit, daß sie, da sie „nur aus wenigen, größtenteils ganz unbemittelten Familien" bestünde, „selbstverständlich einen Lehrer für ihre Kinder nicht so besolden (könne), als das wohlhabende Familien in größeren Städten vermögen" Zur Besoldung eines ausschließlich für den Unterricht zur Verfügung stehenden konzessionierten „öffentlichen" Lehrers sah sie sich eben gänzlich außer Stande.[25])

DIE HAINDORFSCHE ANSTALT UND DIE ERSTEN KONZESSIONIERTEN „PRIVAT ELEMENTARSCHULEN" IN LIPPSTADT

Hatten die gesetzlichen Maßnahmen zu Beginn der zwanziger Jahre eine allmähliche Besserung der Verhältnisse zumindest in Aussicht gestellt —

Aus den in diesem Jahr eingezogenen Nachweisungen sowohl der in unserem Regierungsbezirke vorhandenen schulpflichtigen jüdischen Kinder, als auch der christlichen und jüdischen Lehrer, von welchen dieselben Unterricht empfangen, haben wir zwar mit Wohlgefallen entnommen, daß seit dem Erlaß des die Beaufsichtigung des Jugend-Unterrichts unter den Juden betreffenden Regulativs vom 27. September 1822. (Amtsblatt 1822. Nro. 692.) eine bessere, den gesetzlichen Vorschriften und den Bedürfnissen dieser Staats-Einwohner angemessenere Ordnung im Allgemeinen eingetreten ist. Indessen hat sich doch auch aus jenen aufgestellten Uebersichten ergeben, Nr. 623. Die Schulbildung der jüdischen Jugend.

1) daß noch immer an mehreren Orten von solchen jüdischen Lehrern Schule gehalten oder Privat-Unterricht ertheilt wird, welche so wenig die gesetzliche Prüfung ihrer Tüchtigkeit bestanden, als auf den Grund derselben die erforderliche Concession als Privatlehrer, oder die Bestätigung ihrer Anstellung als ordentliche Lehrer jüdischer Gemeinden, bei uns nachgesucht und erhalten haben;

2) daß hin und wieder sich noch jüdische Kinder befinden, welche weder in einer christlichen noch in einer jüdischen Schul- oder Privatlehranstalt den allen Landes-Einwohnern nöthigen Unterricht empfangen.

Wir sehen uns daher bewogen, sowohl die städtischen Schul-Commissionen und Schul-Inspectoren, als auch die sämmtlichen Polizeibehörden aufzufordern, so wenig gegen die unbefugten jüdischen Lehrer als gegen diejenigen israelitischen Familien, welche sich der Versäumniß ihrer Kinder im Schul-Unterricht schuldig machen, eine ungebührliche Nachsicht ferner eintreten zu lassen; vielmehr nach den Bestimmungen des vorgedachten Regulativs und unsere wegen Beförderung eines regelmäßigen Schulbesuchs unter dem 25. Februar d. J. erlassenen Verfügung (Amtsbl. 1825. Nr. 181.) pünktlich zu verfahren.

Zur Vervollständigung des erwähnten Regulativs wird auf höhere Veranlassung noch bestimmt,

1) daß die etwa ausschließlich für den jüdischen Religions-Unterricht zu bestellenden Lehrer, des Attestes ihrer kirchlichen Vorgesetzten ungeachtet, sich noch einer Prüfung der betreffenden Schulbehörde zu unterwerfen haben, die zwar nicht ihre eigentlich jüdischen Religionskenntnisse und Orthodoxie zum Gegenstand haben, wohl aber dahin gerichtet seyn soll, zu untersuchen, ob sie die übrigen von einem dem Lehrstande gewidmeten Subjecte erwarteten Kenntnisse und Geschicklichkeiten besitzen,

2) daß auch diejenigen jüdischen Privatlehrer, welche Lehrstunden in den Häusern geben wollen, ihre Tüchtigkeit dazu, in einer mit ihnen zu veranstaltenden Prüfung ausweisen müssen, und ohne eine, auf den Grund des von der kompetenten Prüfungs-Behörde ihnen über ihre hinlängliche Qualifikation ausgestellten Zeugnisses, von uns ertheilte Concession, nicht befugt seyn sollen, Lehrstunden zu geben.

Arnsberg, den 22. Juli 1825.

Königl. Preuß. Regierung I. Abtheilung.

Im Amtsblatt der Königlich Preußischen Regierung in Arnsberg erschienen 1822 und 1825 Verordnungen, die die Schulpflicht für die jüdischen Kinder regelten

(Stadtarchiv Lippstadt, Amtsdrucksachen)

Lippstadt 1985

Heimatblätter

65. Jahrgang / Folge 7

GEGRÜNDET 1914 VON CARL LAUMANNS / BEILAGE ZUM „PATRIOT" UND ZUR GESEKER ZEITUNG

tatsächlich entstanden nun in verschiedenen Orten eigene jüdische Elementarschulen, die freilich stets nur den Charakter von Privatanstalten haben konnten[26] – so blieb das jüdische Schulwesen in Westfalen doch zunächst, wie sich der Oberpräsident von Vinke ausdrückte, „fast durchgehends in dem allerelendsten Zustande" [27]) Vor allem die schlechte Besoldung der Lehrer, ihr unsicherer Status und ihre Unwissenheit wurden dafür verantwortlich gemacht. Um den Bildungsstand der jüdischen Bevölkerung anzuheben, die Kinder aus den jüdischen Winkelschulen heraus und in ordentlich funktionierende jüdische Elementarschulen zu bekommen, womit man zugleich die Hoffnung auf eine Änderung, bzw Hebung des sozialen Status der jüdischen Bevölkerung verband, bedurfte es also einer grundlegenderen Reform. Der Staat verhielt sich diesbezüglich jedoch trotz der vielversprechenden Ansätze der zwanziger Jahre aufgrund seiner reaktionären Grundhaltung recht widersprüchlich.[28]) Die Reformen seit den zwanziger Jahren, die sicherlich auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Reformierung des westfälischen Volksschulwesens durch Natorp und Overberg zu sehen sind, waren daher letztlich auch wohl eher der Initiative und Tatkraft jüdischer Pädagogen, allen voran dem Münsteraner Professor Alexander Haindorf zu verdanken, als den Regierungsbehörden.[29]) Haindorf hatte 1825 in Münster einen „Verein zur Errichtung einer Schulanstalt für jüdische Schullehrer" begründet.[30]) Die Tätigkeit dieses Instituts, das Münster zu einem Zentrum der jüdischen Lehrerbildung machte, führte in der Folge dazu, daß bald ausreichend qualifizierte und entsprechend geprüfte Lehrkräfte für jüdische Elementarschulen zur Verfügung standen. Stieg damit in den folgenden Jahren auch die Qualität des jüdischen Unterrichts, so führte doch die weiterhin zu beklagende schlechte Besoldung der Lehrer, die ihnen häufig kaum das Lebensminimum garantierte und für ihr äußerst niedriges Sozialprestige verantwortlich war, vor allem in ärmeren Gemeinden zu häufigen Lehrerwechseln.[31])

Das dürftige Gehalt, das die Lippstädter Judengemeinde, die im Jahr 1840 bei 7 Familien 52 Seelen zählte, ihrem Lehrer zahlen konnte, bildete hier durchaus keine Ausnahme. Wohl aus eben diesem Grunde war den ersten beiden Versuchen der Errichtung und Unterhaltung einer jüdischen Elementarschule nur recht kurzer Erfolg beschieden. Hertz Löwenstein, ein Absolvent der Haindorfschen Anstalt und damit wohl der erste wirklich qualifizierte Lehrer der Lippstädter Judengemeinde, der von 1839 bis März 1840 den jüdischen Elementarunterricht erteilte, bemühte sich, wohl in der Hoffnung, möglichst bald eine lukrative Stellung annehmen zu können, erst gar nicht um die erforderliche Konzession der Arnsberger Regierung.[32]

Auch Selig Louis Liepmannssohn, der lange Jahre hindurch als Lehrer in Neuenkirchen bei Rietberg gewirkt hatte[33], hielt es nicht lange in Lippstadt. Der als gemäßigter Reformanhänger und anerkannter Prediger sowie Verfasser pädagogisch-religiöser Schriften bekannte Liepmannssohn[34]) hatte am 14. Dezember 1841 erstmals für Lippstadt eine Konzession der Arnsberger Regierung zur Errichtung einer „privaten jüdischen Elementarschule" erhalten.[35]) Dieses Institut gab er jedoch bald wieder auf. Im Oktober 1842 trat er bereits die Lehrerstelle der jüdischen Gemeinde in Rüthen an.[36]) In Lippstadt mußten die jüdischen Kinder folglich zunächst wieder die christlichen Schulen besuchen. Erst im September 1846 gelang es der Gemeinde, erneut einen konzessionierten jüdischen Lehrer zu gewinnen. Salomon Lebenstein, der aus dem westlichen Münsterland stammte und im Jahr 1842 eine Prüfung vor dem Lehrerseminar in Soest abgelegt hatte, war der erste, der über einen vergleichsweise längeren Zeitraum in Lippstadt blieb. Seine Schule war von der Regierung zu den gleichen Bedingungen genehmigt worden wie die Selig Louis Liepmannssohns fünf Jahre zuvor. Beide hatten, wie es in der Konzession hieß, „alle das Elementarschulwesen und die Beförderung eines regelmäßigen Schulbesuchs betreffenden Verordnungen und Vorschriften pünktlich zu beachten und die Weisungen des Schulinspektors" zu befolgen. Dem Schulinspektor – 1846 war dies der Erwitter Pfarrer Klocke – hatte Lebenstein seinen „Lectionsplan zur Genehmigung vorzulegen" Hatte der – christlich-geistliche – Schulinspektor[37] auf diese Weise einen gewissen Einfluß auf die Lehrinhalte und die Unterrichtsgestaltung der jüdischen Schule, so machte die Regierung hier keine weitergehenden Vorschriften. Lediglich die wöchentliche Stundenzahl setzte sie auf 26 fest und bestimmte dabei, daß innerhalb dieses Stundendeputats „kein Unterricht in der hebräischen Sprache gegeben" werden dürfe, „vielmehr dieser, wenn er verlangt wird, in besonderen Stunden ertheilt werden" muß.[38]) Während Deutsch als verbindliche Unterrichtssprache selbstverständlich die grundlegende Voraussetzung dafür bildete, daß die Behörden eine jüdische Schule überhaupt genehmigten, sollte Hebräisch, in dem sich die fremdartige, vermeintlich veraltete rabbinische Form des Judentums zu manifestieren schien, die sowohl die christlich-deutsche Umwelt, als auch die reform- und assimilationsbereiten Teile der jüdischen Bevölkerung überwunden sehen wollten, nicht noch durch Aufnahme in den eigentlichen Lehrplan besonders gefördert werden.

DAS GESETZ VOM 23. JULI 1847

Hatten die Lippstädter Juden seit 1846 erstmals für einige Zeit eine private Elementarschule errichten können, so waren die jüdischen Pädagogen und die preußischen Behörden zu diesem Zeitpunkt allgemein bereits zu der weitergehenden Vorstellung gelangt, daß die bloße Förderung jüdischer Privatschulen nicht ausreichte, sondern es vielmehr notwendig sei, für die jüdischen Einwohner besondere öffentliche Schulen einzurichten. Nach den geltenden Gesetzen kamen den vorhandenen jüdischen Elementarschulen mit wenigen Ausnahmen die Rechte öffentlicher Schulen nicht zu.[39])

Erst durch ein Gesetz, das unter dem 23. Juli 1847 allgemein die rechtlichen Verhältnisse der preußischen Juden vereinheitlichte und neu ordnete und damit auch das jüdische Schulwesen neu regelte, wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung öffentlicher jüdischer Elementarschulen geschaffen.[40]) Ausgehend von den vorhandenen Verordnungen stellte das neue Gesetz dennoch grundsätzlich zunächst fest, daß die schulpflichtigen jüdischen Kinder „in Bezug auf den öffentlichen Unterricht [...] den ordentlichen Elementarschulen ihres Wohnortes angehören" [41]) Eine Absonderung von diesem öffentlichen Unterricht, d. h. vom Besuch der christlichen Ortsschulen, sollten die Juden in der Regel nicht verlangen können. Allein wenn sie vor der Schulbehörde nachweisen konnten, „daß ihre Kinder anderweitig durch häusliche Unterweisung oder durch ordentlichen Besuch einer anderen vorschriftsmäßig eingerichteten öffentlichen oder Privatlehranstalt einen regelmäßigen und genügenden Unterricht in den Elementarkenntnissen erhalten"[42]), sollte ihnen dies zugestanden werden. Eigene jüdische Schulen privaten Charakters, wie sie bisher bestanden hatten, waren also weiterhin gestattet.[43]) Neu aber war, daß nun unter bestimmten Voraussetzungen auch die Errichtung besonderer öffentlicher jüdischer Volksschulen allgemein ermöglicht wurde.[44]) Die dazu erforderlichen Voraussetzungen konnte die Lippstädter Gemeinde, die 1846 mit 9 Familien 58 Seelen zählte, gleichwohl 1847 noch keineswegs erfüllen. Dazu besaß sie weder ausreichende finanzielle Mittel, noch war die Zahl der schulpflichtigen Kinder zu diesem Zeitpunkt so groß, daß die Einrichtung einer besonderen öffentlichen jüdischen Volksschule dringend erforderlich erschienen wäre. So bestand die private jüdische Elementarschule des Salomon Lebenstein weiter fort.

Dennoch hatte das Gesetz von 1847 auch für das jüdische Schulwesen in Lippstadt gewisse Auswirkungen. Das nun (gemäß § 50 des Gesetzes) von der Gemeinde zu entwerfende, schließlich 1855 genehmigte „Statut für den Synagogenbezirk Lippstadt" regelte u. a. auch die wichtigsten Aspekte des Unterrichtswesens.[45]) Danach wurde zunächst die in der Gemeinde bestehende jüdische Privatschule auf den Gemeindestat gesetzt und ihre Unterhaltungsmittel künftig „im Verwaltungswege beigetrieben" Hierzu allerdings konnten „nur diejenigen Mitglieder herangezogen werden, welche die jüdische Privatschule für ihre Kinder wirklich benutz(t)en" Sodann bestimmte das Statut die Anstellung eines Religions- und Elementarlehrers, deren Funktion zusammen mit der des Kantors gleichwohl von einer Person besorgt werden konnte. Die Wahl dieser Person erfolgte jeweils durch die gewählte Repräsentantenversammlung. Die beitragszahlende Schulgesellschaft, d. h. die Eltern, deren Kinder die jüdische Schule besuchten, bestimmten zur Wahrung ihrer Interessen im übrigen eine besondere Schulkommission.[46])

DER VERSUCH DER UMWANDLUNG DER PRIVATSCHULE IN EINE ÖFFENTLICHE VOLKSSCHULE

Das Anstellungsverhältnis der Lehrer hatte das Statut der Entscheidung der Repräsentantenversammlung überlassen. Diese konnte sich in der Folge jedoch stets nur auf ein bei sechsmonatiger Kündigungsfrist jederzeit kündbares Beschäftigungsverhältnis verstehen. Damit aber hatte sich für den Lehrer nach 1847, was seine ungesicherte Stellung anbelangt, nichts geändert. Wie in vielen anderen Orten war er also auch künftig ganz von dem Wohlwollen des Synagogenvorstand, bzw der Repräsentantenversammlung abhängig. Dies und die anhaltend schlechte Besoldung führte – wenn auch nun mit etwas längeren Abständen – nach wie vor zu Neubesetzungen der Lehrerstelle. Nach 1871 beklagten sich einige Gemeindemitglieder, daß durch den häufigen Lehrerwechsel „das kulturelle Leben in der Gemeinde sowie die religiöse und sittliche Erziehung der Jugend sehr benachteiligt" werde.[47]) Damals war ein Teil der Gemeinde mit den Leistungen und der Person des amtierenden Lehrers Leopold Mandel unzufrieden und versuchte, seine Kündigung zu bewirken. Ein anderer Teil der Gemeinde war jedoch bestrebt, den erneuten Wechsel zu verhindern und Mandel im Amt zu halten. Der hierüber entstandene Konflikt führte zu entsprechend heftigen Auseinandersetzungen.[48]) Jede Fraktion war dabei bemüht, ihre Position durch die Regierungsbehörden amtlich bestätigt zu sehen. Die Arnsberger Regierung sah sich gleichwohl keineswegs veranlaßt, in den internen Streit der Synagogengemeinde einzugreifen, bestimmte doch das Gesetz von 1847, daß die Regierung von den inneren Kultusangelegenheiten einer Synagogengemeinde „nur insoweit Kenntnis zu nehmen und Entscheidung zu treffen (habe), als die öffentliche Ordnung ihr Einschreiten erfordert" [49])Beabsichtigte ein Teil der Gemeinde, dem Lehrer zu kündigen und konnte er dazu einen entsprechenden Repräsentantenbeschluß erwirken, so gab es, solange es sich um eine private Elementarschule handelte, keinerlei rechtliche Möglichkeiten, dies zu verhindern. Gleichwohl war auch der Regierung bewußt, daß bei derartigen Kündigungen nicht selten eine gewisse Willkür herrschte und der Lehrer lediglich das Opfer innergemeindlicher Parteiungen und Animositäten wurde. Zudem sah man in Arnsberg durchaus die Nachteile, die die häufigen Lehrerwechsel sowohl den Schülern als auch den Lehrern brachten. So nahm die Arnsberger Regierung die um den Lehrer Mandel entstandenen Auseinandersetzungen im Mai 1871 zum Anlaß, für Lippstadt die Errichtung einer öffentlichen jüdischen Elementarschule anzuregen. Derartige öffentliche jüdische Volksschulen, wie sie seit 1847 eingerichtet werden konnten, waren seither durchaus nicht im erwarteten Ausmaß entstanden. Manche Synagogengemeinde sah sich außer Stande, die mit der Umwandlung verbundene feste Anstellung des Lehrers mit anschließender Pensionsberechtigung finanziell zu tragen.[50]) Gleichwohl hatten andere Gemeinden auch von sich aus die Umwandlung angestrebt und sich davon eine Verbesserung ihres Schulwesens versprochen.[51]) In Lippstadt stieß nun die Erkundung des Landrats in Sachen öffentlicher Elementarschule auf wenig Begeisterung. Der Regierung mußte er im Juli 1871 schließlich mitteilen, daß es von den Lippstädter Gemeindemitgliedern „nicht für angemessen gehalten (werde), hieselbst eine öffentliche jüdische Elementarschule zu errichten" [52]) Damit war die Initiative am Desinteresse der Betroffenen gescheitert. Die Regierung, die der Ansicht war, „die Errichtung einer öffentlichen Schule zu Lippstadt (sei) bei 45 Kindern[53]) und einer Steuerkraft von 759 Talern wohl an der Zeit", erklärte sich diese überraschende Haltung der Gemeinde damit, daß sie annahm, diese wolle nur „des abziehenden Lehrers wegen darauf jetzt gerade nicht eingehen" Die Akte wurde daher mit dem Vermerk „der Versuch (sei) später zu erneuern", vorläufig geschlossen.[54]) In der Folge scheint der Versuch jedoch nicht wieder aufgegriffen worden zu sein, jedenfalls findet sich in den Akten darüber keinerlei Hinweis.

Die jüdische Elementarschule blieb somit bis zu ihrer endgültigen Auflösung im Jahre 1910 eine reine Privatschule, deren Lehrer niemals anders als auf halbjährige Kündigung angestellt wurden. Im Jahre 1871 hatte die Synagogengemeinde aber nicht nur die Umwandlung ihrer Privatschule in eine öffentliche Volksschule abgelehnt, sondern bei Aufrechterhaltung der Kündigung Leopold Mandels auch deren vorübergehende Schließung beschlossen. Für die Zeit, bis ein neuer Lehrer gefunden war, besuchten die jüdischen Kinder wieder die evangelische Volksschule, deren Schulvorstand diesmal allerdings „mit Rücksicht auf den ohnehin beschränkten Raum" darauf drängte, diesen Besuch zeitlich möglichst zu begrenzen.[55]) Die Gemeinde hatte jedoch bei der Neubesetzung des Lehrerpostens unerwartet große Schwierigkeiten. Leopold Mandel, der bei seinen westfälischen Kollegen großen Rückhalt fand, hatte in verschiedenen Zeitungen erfolgreich gegen die Lippstädter Gemeinde agitiert und eventuelle Bewerbern von der Übernahme der dortigen Stelle abgeraten. So dauerte es schließlich ein ganzes Jahr bis ein neuer Lehrer gefunden werden konnte. Im Oktober 1872 erhielt Daniel Kleestadt die nach wie vor erforderliche Konzession der Arnsberger Regierung.[56]) Ihm folgten bis zur Auflösung der nun bis 1910 ununterbrochen fortbestehenden Schule nur noch vier weitere Lehrer im Amt, so daß für die letzten vier Jahrzehnte sogar eine gewisse Kontinuität einkehrte. In Isaak Rosenfeld, der von 1882 bis 1897 amtierte, begegnet dabei die Person, die am längsten im Schuldienst der Lippstädter Synagogengemeinde stand. Er schied 1897 als Anhänger der „Neuen Israelitischen Gemeinde" in der 1896 ein Teil der Lippstädter Juden aus der Synagogengemeinde ausgetreten war, aus dem Dienst, um die Religionsschule der neuen Gemeinde zu leiten. Nachdem sich beide Gemeinden 1907 wieder zusammengeschlossen hatten, war Rosenfeld schließlich seit 1910 noch einige Jahre als Religionslehrer der Synagogengemeinde tätig.[57])

(Schluß folgt)

Anmerkungen

1) Besonders begabte Schüler wurden zur Aufnahme der höheren Studien nach dem 13. Lebensjahr in eine Jeschiwa (Talmudhochschule) geschickt; zur Jeschiwa J. Fishman, The History of Jewish Education in Central Europe. From the End of the Sixteenth to the End of the Eighteenth Century London 1944. S. 29-42, 122-127

2) M. Richarz, Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848, Tübingen 1974. S. 1-4.

3) Benedict Elias Gumpertz erhielt als erster lippisch-preußischer Schutzjude dauernden Aufenthalt in Lippstadt. Er stammte aus Kleve und war ein Sohn des einflußreichen brandenburgischen Hoffaktoren und Heereslieferanten Elias Gumpertz, Staatsarchiv Detmold L 36 C VI, vgl. D. Kaufmann u. M. Freudenthal, Die Familie Gumpertz. Frankfurt/M. 1907 Seite 102-104.

4) Ebd. S. 370-371 zu Salomon, S. 105-106 zu Mordechai.

5) Auch die Betätigung anderer in Lippstadt aufgewachsener jüdischer Kinder weisen auf einen gewissen Bildungsstand. So wurden der in Wesel lebende Elias Hertz, Sohn des Lippstädter David Hertz, 1750 zum Vorsteher der clevischen Judenschaft und Gumpertz Hertz, ein anderer Sohn des David Hertz, 1772 zum Vorsteher der märkischen Judenschaft gewählt, D. Kaufmann u. M. Freudenthal, wie Anm. 3, S. 107 Staatsarchiv Münster KDK Hamm 1085.

6) Zum Vorgang des allmählichen Zuzugs jüdischer Familien E. Mühle, Jüdische Ansiedlungsversuche in Lippstadt während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1808-1847) im Spannungsfeld der Interessen von Staat, Stadt und Minderheit, in. Westfälische Forschungen 34 (1984). S. 190-206.

7) B. Brilling, Das jüdische Schulwesen in Westfalen im 19. Jahrhundert (Ein Kapitel aus dem Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Religion), in. UDIM. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz der BR Deutschland 5 (1975). S. 13 u. 16.

8) M. Eliav Jüdische Erziehung in Deutschland im Zeitalter der Aufklärung und Emanzipation, in. Bulletin des Leo Baeck Instituts 11 (1960). S. 211-212.

9) B. Brilling, wie Anm. 7 S. 14-15.

10) Ebd. S. 16.

11) Stadtarchiv Lippstadt (künftig StaL) vorl. Nr. 2988.

12) StaL D 99.

13) StaL vorl. Nr. 2988.

14) L. L. Hellwitz, Die Organisation der Israeliten in Deutschland. Magdeburg 1819. S. 41.

15) A. Herzig, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Münster 1973. S. 55.

16) L. L. Hellwitz, wie Anm. 14, S. 42.

17) Vorläufiges Regulativ der königl. Reg. zu Arnsberg vom 27 September 1822, gedruckt bei L. Rönne u. H. Simon, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des Preußischen Staates, Breslau 1843, S. 165-166.

18) Ebd. S. 166.

19) Bekanntmachung der königl. Reg. zu Arnsberg vom 22. Juli 1825, gedruckt bei L. Rönne u. H. Simon, wie Anm. 17 S. 167

20) StaL D 99.

21) Ebd.

22) StaL vorl. Nr. 2988.

23) StaL D 99.

24) So etwa 1818 StaL vorl. Nr. 2988.

25) StaL D 99.

26) Reskripe des Ministeriums des Innern vom 22. September 1827 zitiert nach L. Rönne u. H. Simon, wie Anm. 17 S. 158 B. Brilling, Das Judentum in der Provinz Westfalen 1813-1945, in. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen, hrsg. v E. Riegel. Münster 1978. S. 123.

27) Staatsarchiv Münster (künftig StAM) Oberpräsidium Nr. 2627 Bd. 1 fol. 82.

28) A. Herzig, wie Anm. 15, S. 56.

29) Zu Alexander Haindorf zuletzt B. Brilling, Alexander Haindorf und seine Bemühungen um Anstellung als Universitätsprofessor (1812-1815) und seine Tätigkeit als Dozent in Münster (1816-1818 und 1825-1847), in. Westfälische Zeitschrift 131/132 (1981/1982). S. 69-120; H. J. Schoeps, Alexander Haindorf. Ein früherer Vertreter des liberalen Judentums. in. Ein weites Feld. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1980. S. 147-162.

30) A. Herzig, wie Anm. 15, S. 57-58 ders., Alexander Haindorfs Bedeutung für die Pädagogik in Westfalen, in. Westfälische Forschungen 23 (1971). S. 64-68.

31) A. Herzig, wie Anm. 15, S. 59.

32) StaL D 99.

33) J. Barlev Neukirchen – die Judengemeinde der Grafschaft Rietberg, in. Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde 41/43 (1976). S. 863-864.

34) Über Leben und Wirken S. L. Liepmannssohns plant Verfasser an anderer Stelle ausführlicher zu handeln.

35) StAM, Regierung Arnsberg H II 1502.

36) StAM, Regierung Arnsberg B II 1017

37) Zur Problematik christlicher (geistlicher) Schulinspektoren in jüdischen Schulen ausführlich B. Brilling, wie Anm. 7 Vgl. auch K. Erlinghagen, Die Säkularisierung der deutschen Schule, Hamburg 1972, Seite 43.

38) StaL D 99.

39) I. Freund, Die Rechtsstellung der Juden im preußischen Volksschulrecht, Berlin 1908, S. 6.

40) Ebd. S. 11.

41) § 60 des „Gesetzes vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden" gedruckt bei I. Freund, Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. 3. 1812, Bd. 2, Berlin 1912, S. 516.

42) § 61 ebd. S. 517

43) § 64 „ ist ihnen gestattet, in eigenem Interesse auf Grund dinsfälliger Vereinbarungen unter sich mit Genehmigung der Schulbehörden Privat-Lehranstalten nach den darüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen einzurichten" a. a. O., S. 517

44) Ebd. heißt es weiter „Ist an einem Orte eine an Zahl und Vermögensmitteln hinreichende jüdische Bevölkerung vorhanden, um auch für die jüdischen Einwohner ohne deren Überbürdung eine besondere öffentliche Schule anlegen zu können, so kann die Absonderung der Juden zu einem eigenen Schulverband angeordnet werden."

45) Abschnitt VII und VIII, S. 12-13 ein gedrucktes Exemplar des Statuts in Kreisarchiv Soest. Landratsamt Lippstadt Nr. 641. Vgl. E. Mühle, Die Bildung der Synagogenbezirke im Kreis Lippstadt (1847-1855), in. Heimatblätter 64.

46) StAM, Regierung Arnsberg H II 1502.

47) Ebd.

48) Derartige Auseinandersetzungen um die Person des Lehrers waren nicht auf die Lippstädter Gemeinde beschränkt. Sie bildeten vielmehr geradezu ein Kontinuum kleinstädtischen jüdischen Gemeindelebens dieser Zeit; vgl. ähnliche Auseinandersetzungen in Geseke, Kreisarchiv Lippstadt A 6342 oder in Iserlohn. A. Herzig. Die jüdische Gemeinde Iserlohns. Beiträge zur Geschichte Iserlohns. Iserlohn 1970. S. 36-40 aus der Sicht eines betroffenen Lehrers vgl. die Schilderungen bei L. Wolff. Der jüdische Lehrer. Sein Wirken und Leben. Kulturbilder aus der Gemeinde. Rostock 1882. S. 48-49, 148.

49) § 51, gedruckt bei I. Freund, wie Anm. 41, S. 514.

50) Vgl. B. Brilling, Judentum. wie Anm. 26. S. 124-125. Die Feststellung bei A. Herzig, wie Anm. 15, S. 60, „die jüdischen Schulen wurden zu öffentlichen Schulen und die Finanzierung des Lehrers wurde von der politischen Gemeinde übernommen" dürfte in dieser allgemeinen Form nicht aufrecht zu halten sein.

51) Vgl. A. Herzig, Iserlohn, wie Anm. 48, S. 33.

52) StAM Regierung Arnsberg II II 1502.

53) Hierbei handelte es sich wohl um die überhaupt vorhandene Zahl jüdischer Kinder, von denen nur ein kleiner Teil die jüdische Elementarschule zu diesem Zeitpunkt besuchte, vgl. weiter unten.

54) StAM Regierung Arnsberg H II 1502.

55) StaL F 524.

56) StAM Regierung Arnsberg H II 1502.

57) StaL F 449.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Botenbezugspreis 2,00 Mark, (einschl. Botengeld), Selbstabholer 1,75 Mark; Postbezugspreis 2,06 Mark einschl. 66 Pfg. Postgebühren.
Bestellungen werden jederzeit angenommen; auf Wunsch Nachlieferung.
Die Einzelnummer kostet **10 Pfennig**
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Horst-Wessel-Str. 5-9
Fernsprech-Sammel-Nr. 3051
Postscheck-Konto Köln 20 603
Hierzu mehrere **kostenlose Beilagen** darunter!

Der Patriot

Ausgabe A

Lippstädter Tageblatt

Gegründet 1848

Das führende Heimat-Blatt

Anzeigenpreise für 1 mm Höhe 46 mm breit 6 ₰. Familienanzeigen, kleine einsp. Anzeigen und Vereinsanzeigen (die nicht der Wirtschaftswerbung dienen) 5 ₰. Textspalte 93 mm breit 20 ₰. Nachlaß-Staffel A.
Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.
Für Erfüllung von Platzwünschen wird keine Gewähr übernommen.
Größere Anzeigen bis 1 Uhr mittags erbeten.
Beilagengebühr: 10,— Mark je 1000 Stück, 4seitige 12,— Mark je 1000 Stück einschl. Postgebühren.

Illustr. Sonntag ◆ Heimatblätter ◆ Jugendbeilage ◆ Im Eiltempo um die Welt ◆ Heer u. Heimat ◆ Ratgeber für Landwirte

Nr. 266 (1. Blatt) | Lippstadt, Montag, 14. November 1938 | 91. Jahrgang

Die Sühne für den Mord des Judentums

Eine Milliarde Reichsmark als Buße den Juden auferlegt / Entfernung der Juden aus der deutschen Wirtschaft / Beseitigung aller durch die Empörung des Volkes entstandenen Schäden auf Kosten der Juden

Die Vergeltung

E. R. Die dem Judentum auf die Revolverschüsse in der deutschen Botschaft zu Paris jetzt erteilte Antwort ist so schnell, entschieden und deutlich erfolgt, wie es sich die Juden wohl nicht hätten träumen lassen. Die Härte der auf legalem Wege den Grünspan-Genossen zuteil gewordene Erwiderung zeigt das Maß der Empörung und Entrüstung, die das deutsche Volk wegen der ruchlosen Ermordung des Botschaftsrats vom Rath erfüllt, sie zeigt aber auch mit nicht geringerer Klarheit, daß die Reaktion in Deutschland auf die Ermordung eines Volksgenossen durch die Verbrecherhand eines Juden sich nicht in platonischen Protesten erschöpft. Das nationalsozialistische Deutschland handelt überraschend schnell und energisch. Nachweisbar ist das Attentat in Paris durch das Judentum systematisch vorbereitet worden. Darum bekommt auch das Judentum die Härte der deutschen Antwort empfindlich zu spüren. Der Mord in Paris steht zu dem jüdischen Attentat, dem vor kaum drei Jahren in der Schweiz Wilhelm Gustloff zum Opfer fiel, in deutlicher Parallele. Damals hat sich das deutsche Volk mit einem scharfen Protest begnügt. Offenbar hat das internationale Judentum diese Haltung als Schwäche ausgelegt. Man ging sogar so weit, mit echt jüdischer Verdrehungskunst den Ermordeten als den Schuldigen hinzustellen und schämte sich nicht, den Meuchelmörder Frankfurter als Martyrer und Held des Judentums zu glorifizieren. Damit war eine unerhörte Hetze gegen alles, was deutsch ist, verbunden. Das deutsche Volk wehrte sich dagegen durch eine Klarstellung des scheußlichen Verbrechens, das später durch das Schweizer Gericht als solches gebrandmarkt wurde. Dem Judentum in Deutschland geschah nichts, obwohl es auch nach jenem Verbrechen in einer dem Gastlande feindlichen Haltung verharrte.

Das Attentat in Paris brachte die Volksseele schließlich derart in Harnisch, daß sich die Empörung und Wut in Demonstrationen vor jüdischen Häusern und mancherort in spontanen Vergeltungsmaßnahmen Luft machte. Diese Kundgebungen der Entrüstung wurden durch die Erklärung des Reichsministers Dr. Goebbels vom 10. November gestoppt. Zugleich kündigte der Minister eine harte Antwort auf dem legalen Wege der gesetzlichen Verordnungen an.

Auf diese Antwort hat das Judentum nicht lange zu warten brauchen. Durch eine Verordnung des Reichsministers des Innern vom 10. November wurde den Juden der Waffenbesitz gesetzlich verboten. Am 12. November folgte eine Anordnung des Reichsministers Dr. Goebbels in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer, der den Juden den Besuch von kulturellen Veranstaltungen jeglicher Art verbietet. Am gleichen Tage beschloß ein Ministerrat unter dem Vorsitze des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, einschneidende Maßnahmen, die hauptsächlich in einer dem Judentum auferlegten Buße von 1 Milliarde Mark und in der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben bestehen.

Das deutsche Volk hat in Disziplin abgewartet, was die Regierung gegen das Judentum als legale Erwiderung auf das jüdische Attentat unternehmen würde. Die Antwort enthält den energischen Ausdruck des unerschütterlichen Willens der deutschen Volksführung, daß jeder Deutsche im Auslande seines Lebens sicher sein und den Schutz des Reiches genießen soll. Darüber hätte sich das zum Verbrechen neigende Judentum längst im klaren sein müssen. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Sie wurden einfach überhört. Darum war ein Denkzettel notwendig, der immer daran erinnern wird, mit welcher Schärfe Provokationen und Morde vergolten werden. Wenn sich das Judentum bisher bei den von ihm angestifteten Mordtaten über die Folgen seiner verbrecherischen Anschläge nicht im Reinen war, so wird es wenigstens in Zukunft wissen, wie das nationalsozialistische Großdeutsche Reich erwidern wird. Wer einen Deutschen im Auslande angreift, greift ein 80-Millionen-Volk an. Und dieses Volk antwortet in seiner Gesamtheit durch die Tatkraft seiner Regierung, besonders dann, wenn — wie im Falle Grünspan und Frankfurter — die Täter gemäß ihrer Erklärung durch das Attentat auf den Einzelnen das ganze Volk treffen wollen. Das Judentum mag sich hüten, ein neues Attentat auf einen Deutschen zu wagen. Es selbst hat durch den in seinem Auftrage vollzogenen Mord den Anstoß dazu gegeben, daß jetzt die Judenfrage als Staatsproblem in Deutschland endgültig gelöst wird. Das geschieht, wie Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Ansprache vor Berliner Helfern des WHW. gestern mittag betonte, in einem dem Volksempfinden entsprechenden Sinne.

Selbstverständlich haben nach dem tatkräftigen Durchgreifen der Regierung alle Einzelaktionen ein Ende gefunden. Was jetzt noch zu sagen und zu tun ist, bleibt der Regierung vorbehalten, die, wie Dr. Goebbels ebenfalls hervorhob, auf der Wacht ist. Sie zieht einen endgültigen Trennungsstrich zwischen dem deutschblütigen Volk und der jüdischen Bevölkerung und führt den Grundsatz der Abschließung und Ausscheidung des Fremdkörpers der Juden aus dem deutschen Organismus weiter, nachdem dieser Grundsatz auf politischem Gebiete in vollem Umfange wirksam geworden ist.

In Italien und anderen objektiv urteilenden Ländern werden die scharfen Maßnahmen gegen das Judentum gerecht gewürdigt. Sie entspringen nicht dem Bedürfnis nach Rache im Sinne des alten jüdischen Grundsatzes Auge um Auge, Zahn um Zahn, sondern sie werden in Wahrung berechtigter Interessen angeordnet und durchgeführt. Die judenhörige Presse des Auslandes mag zetern und lügen und der Greuelphantasie die Zügel schießen lassen. Die deutsche Regierung allein ist für das deutsche Volk zuständig und tut unbeirrt, was sie im Interesse des Volkes für richtig hält.

Beschluß einer Ministerbesprechung

Berlin, 12. Nov. Unter dem Vorsitz des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, fand heute im Luftfahrtministerium eine Chefbesprechung der beteiligten Minister mit ihren nächsten Mitarbeitern über die dringend notwendig gewordene Lösung der Judenfrage statt. An dieser Besprechung nahmen die Reichsminister Dr. Frick, Dr. Goebbels, Dr. Güttner, Graf Schwerin von Krosigk und Funk teil.

Die Besprechung ergab vollkommene Uebereinstimmung in der Beurteilung und Behandlung der zur Debatte stehenden Fragen. Es wurden eine Reihe von einschneidendsten Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage besprochen und zum Teil schon entschieden. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erließ eine Verordnung, derzufolge

Juden vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb des Handwerks untersagt wird. Ebenso kann nach dieser Verordnung ein Jude vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 1. Januar 1934 sein. Ist ein Jude in leitender Stelle eines Wirtschaftsunternehmens tätig, ohne Betriebsführer zu sein, so kann das Anstellungsverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden.

Weiterhin erließ der Beauftragte für den Vierjahresplan eine Verordnung, derzufolge alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8. 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbetrieben und Wohnungen entstanden sind, von den jüdischen Inhabern bzw. jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen sind. Die Kosten der Wiederherstellung hat der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe bzw. Wohnungen zu tragen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Die weiteren einschneidenden Maßnahmen zur Ausscheidung des Judentums aus dem deutschen Wirtschaftsleben und zur Abstellung provokatorischer Zustände werden in kürzester Frist in Form von Verordnungen und Gesetzen getroffen werden. Vor allem wurde der Beschluß gefaßt, den deutschen Juden in ihrer Gesamtheit in Form einer

Geldbuße von 1 Milliarde Reichsmark

die Strafe für den ruchlosen Mord in Paris aufzuerlegen. Dieser Betrag verfällt in voller Höhe dem Reich. Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat bereits eine dementsprechende Verordnung erlassen.

Der Wortlaut der Verordnungen

Die Sühneleistung

Berlin, 12. Nov. Die vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit hat folgenden Wortlaut:

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, Seite 887) das Folgende.

§ 1.

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2.

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
gez. Göring, Generalfeldmarschall.

Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben

Berlin, 12. Nov. Die Verordnung der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassen hat, lautet:

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt, Seite 887) wird folgendes verordnet:

§ 1.

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt I, Seite 1333) ist vom 1. Januar 1939 an der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzblatt I, Seite 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2.

Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 an nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes der Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzblatt I, Seite 45) sein.

Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrage, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3.

Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4.

Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Sie können Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Ueberführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfes erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
gez. Göring, Generalfeldmarschall.

(Weitere Verordnungen auf der nächsten Seite.)

SYNAGOGE LIPPSTADT
Stiftstr.1

Tag der offenen Tür, 20. September 2020

Programmablauf

11 h Begrüßung Jürgen Overhoff / Dirk Raulf
Grußwort Ulrich Bender
Grußwort Bürgermeister Christof Sommer
Grußwort Dr. Christine Schönebeck, Dir. Stadtmuseum

Einführung Jürgen Overhoff:
Geschichte der Lippstädter Synagoge

13 h Musik: George Gershwin (1898 – 1937)
"Porgy & Bess Suite"
Guido Schlegel, Piano
Lydia Schlegel, Cello
Dirk Raulf, Saxophon

Im Anschluss: Führung "Synagoge Lippstadt / jüd. Leben in Lippstadt"
(Barbara Birkert & Josef Mackenberg, Stadtführer)

14 h Lesung: Oona Kastner liest Jenny Aloni (* 1917 Paderborn, † 1993 in Israel), "Kristall und Schäferhund"

im Anschluss Führung (s. o.)

15 h Vortrag: Christoph Motog, "Jüdische Zwangsarbeiterinnen in Lippstadt"

im Anschluss Führung (s. o.)

16 h Lesung: Daniel Minetti (Theater Paderborn) liest aus David Gans (* 1541 Lippstadt; † 1613 Prag), "Chronikartige Weltgeschichte unter dem Titel: Zemach David, verfasst im Jahre 1593"

im Anschluss Führung (s. o.)

17 h Musik: Oona Kastner, Stimme & Keyboards
"Hallelujah" (Leonard Cohen, 1934 – 2016)
"Kaddisch" (Maurice Ravel, 1875 – 1937)

im Anschluss Führung (s. o.)

18 h Ende der Veranstaltung

Stand: 31.8.2020, Änderungen vorbehalten

heimat.kunden

Neuanfang in der Lippstädter Synagoge

GASTBEITRAG Mit einem Tag der offenen Tür soll dauerhafte kulturelle Nutzung beginnen

VON JÜRGEN OVERHOFF

Lippstadt – In der Lippstädter Synagoge regt sich wieder etwas. Während wir meteorologisch auf den Herbst zusteuern, zeigt der jüdische Kalender an, dass ab 18. September das dreitägige Fest Rosh ha-Shana zu feiern ist, das jüdische Neujahrsfest. Am 20. September öffnen sich dann auch – nach sehr langer Zeit – im Lippstädter Synagogengebäude wieder die Pforten.

Passend zum Feiertag beginnt etwas ganz Neues. Die interessierte Öffentlichkeit ist eingeladen, sich dort umzuschauen. Doch bevor von einem erfreulichen Aufbruch berichtet wird, muss erst noch näher erläutert werden, inwiefern es überhaupt zutreffend und legitim ist, von einer in Lippstadt befindlichen Synagoge zu sprechen. Ist das hiesige jüdische Gotteshaus denn nicht im Jahr 1938 in der Pogromnacht zerstört worden?

Jüdisches Leben seit dem Spätmittelalter

Werfen wir zunächst einen Blick zurück in die Geschichte. Jüdisches Leben gab es in Lippstadt seit dem Spätmittelalter. Bedeutendes Mitglied der jüdischen Gemeinde in früher Zeit war David Gans (1541-1613), nachmals einer der bedeutenden Gelehrten Europas und Weggefährte des Rabbi Jehuda Löw in Prag. Dort, in der tschechischen Hauptstadt, befindet sich auf dem alten jüdischen Friedhof das Grab von Gans. Erinnert wird an ihn und seine westfälische Heimatstadt im Museum der prächtigen Prager Maisel-Synagoge.

Über eine derart glanzvolle Synagoge verfügte die jüdische Gemeinde in Lippstadt lange nicht. Bis ins 19. Jahrhundert hinein kam sie nur in einem bescheidenen Betsaal zusammen, in einem Fachwerkhaus in der Rathausstraße, die damals noch Judenstraße hieß.

Erst 1852 weihten die Lippstädter Juden eine sehenswerte eigene Synagoge ein. Ihr Architekt war mein Ururgroßvater Wilhelm Timmermann, dessen Bauunternehmen das Gotteshaus mit hübschem Treppengiebel in solider Handwerkskunst errichtete. Die Synagoge diente der Gemeinde als Versammlungsstätte und bis 1910 auch mit eigenem Schulzimmer als Ort des Lernens.

1938 brannte auch in Lippstadt die Synagoge

Bekanntester Schüler war der Gründer der Hella, Sally Windmüller (1858-1930), der im Erwachsenenalter der Synagoge eine Orgel stiftete. Dieses klangvolle Instrument ertönte auch 1927 anlässlich des 75. Jahrestages des Synagogenbaus. Auch Christen, die an diesem Tag der Jubiläumsfeier beiwohnten, zeigten sich von der stimmungsvollen Feier bewegt. Der Patriot berichtete am 15. August 1927 über den „tiefen Eindruck“, den das Fest machte.

Nur eine Dekade später hatte sich das politische Klima in Deutschland radikal verändert. Die seit 1933 regierenden Nationalsozialisten betrieben eine hemmungslos antisemitische Politik, in deren Folge ein landesweites Pogrom gegen Juden veranstaltet wurde: In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gingen jüdische Geschäfte und Synagogen in Flammen auf. Vielerorts wurden jüdische Mitbürger verhöhnt und durch die Straßen und Gassen gejagt.

Auch in Lippstadt wurde die Synagoge in Brand gesetzt. Den Innenraum verwüstete man völlig, nur die Außenmauern blieben stehen. In den Folgejahren wurden die Lippstädter Juden, die nicht ins Ausland fliehen oder untertauchen konnten, in die Vernichtungslager deportiert.

Von der Bausubstanz der Synagoge ist deutlich mehr erhalten geblieben, als bisher angenommen wurde. Zwischen diesen beiden Fenstern in der Ostwand befand sich früher der Thoraschrein. Das Gerümpel wird bis zum 20. September entfernt. FOTO: OVERHOFF

Gebäude 1988 unter Denkmalschutz gestellt

Eine jüdische Gemeinde bestand in Lippstadt nach 1945 nicht mehr. Das beschädigte Synagogengebäude wurde 1953 von der Jewish Trust Corporation an die Familie Seiger verkauft, die darin einen Lagerraum einrichtete. 1957 wurde der Treppengiebel abgetragen, ein Flachdach aufgesetzt und eine Zwischendecke aus Beton eingezogen.

Das öffentliche Interesse an der Geschichte des Gebäudes wurde erst 1988 wieder wach, als im 50. Jahr des Gedenkens an die Pogromnacht die Überreste der Synagoge unter Denkmalschutz gestellt wurden. Doch blieb das ehemalige Gotteshaus weiterhin über Jahrzehnte ein vernachlässigter Abstellraum.

Im vergangenen Jahr wurde nun der Künstler und Kurator Dirk Raulf durch einen Hinweis seines Onkels Josef Mackenberg, Leiter der Lippstädter Stadtführer, auf das Gebäude aufmerksam und nahm sich vor, es zu einem Thema seines Projekts „heimat.kunden“ zu machen, das unter anderem vom Heimatministerium des Landes NRW gefördert wird. Ebenfalls im Jahr 2019 regte ich als Mitglied der Historischen Kommission für Westfalen die zuständige Obere Denkmalbehörde in Münster an, eine erneute und genaue Sichtung des Bauensembles vorzunehmen.

Mehr Substanz erhalten geblieben als gedacht

Dabei wurde deutlich, dass von der Synagoge mehr Substanz erhalten blieb als gedacht: Die Außenmauern, der Grünsandsteinsockel, die über dem ehemaligen Thoraschrein befindlichen kreisrunden Zierfenster, die Originaleingangstür oder auch die über Jahrzehnte hinweg von den Gemeindemitgliedern betretenen Treppenstufen sind noch vorhanden. Ebenso das kleine Sommerhäuschen im Garten der Synagoge.

Tag der offenen Tür am 20. September

Gemeinsam mit Raulf und dem Rechtsanwalt Ulrich Bender – dem heutigen Eigentümer des denkmalgeschützten Ensembles – habe ich jetzt ein Programm für einen Tag der offenen Tür entworfen, der am besagten 20. September, dem jüdischen Neujahrstag, in der alten Lippstädter Synagoge stattfinden wird. Erlebbar werden soll im Rahmen von Führungen, musikalischen Intermezzi und thematisch einschlägigen Lesungen, unter anderem mit Texten von David Gans und Jenny Aloni, dass Lippstadt hier über einen einzigartigen Gedächtnisort verfügt, der in Zukunft als Kulturraum der besonderen Art einer lebendigen und dauerhaften Nutzung zugeführt werden soll.

Wünschenswert wäre langfristig eine architektonische Aufwertung der Gebäudesituation – durch eine Teilrekonstruktion und eine moderne Neugestaltung. Doch bevor man sich an ein solches Projekt machen kann, steht erst einmal zu hoffen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf den Weg begeben, um am Tag der offenen Tür – unter den jetzt üblichen Corona-Auflagen – die Synagoge in Augenschein zu nehmen. Das musikalisch-literarische Programm lädt allemal dazu ein.

Wagen wir in Lippstadt einen Neuanfang!

Professor Jürgen Overhoff
Historiker

Der Autor

Jürgen Overhoff ist **Professor für Historische Bildungsforschung** an der Universität Münster. Patriot-Leser kennen den Lippstädter Wissenschaftler als Autor der Serie **„Patriotische Gedanken“**. Gemeinsam mit dem Künstler Dirk Raulf und dem Gebäude-Eigentümer Ulrich Bender will er die Lippstädter Synagoge **wieder mit Leben füllen**.

1938 wurde die Synagoge in der Pogromnacht weitgehend zerstört. FOTO: STADTARCHIV LIPPSTADT

Von außen wirkt das denkmalgeschützte Gebäude heute eher unscheinbar. FOTO: OVERHOFF

Update für „Kultur in Lippstadt“

Lippstadt – Die Kulturinformation im Rathaus startet am Freitag, 4. September, mit dem Vorverkauf für die Lippstädter Spielzeit 2020/2021. Die Corona-Pandemie und die Verzögerung der Sanierungsarbeiten im Stadttheater haben zu verschiedenen Programm- und Terminänderungen geführt. Darüber informiert jetzt ein vierseitiger Update-Flyer für das Programmheft „Kultur in Lippstadt“.

Für den Großteil der für das Stadttheater geplanten Veranstaltungen von September bis November wird es Ersatztermine noch in der laufenden Spielzeit geben. Das ausführliche Programmheft samt Update-Einleger ist ab sofort in der Stadt- und Kulturinformation im Rathaus, in vielen Geschäften in der Lippstädter Innenstadt sowie in den städtischen Institutionen erhältlich. Auf Anfrage wird das Programmheft auch zugeschickt.

Es sei absehbar, dass die Veranstaltungsbranche weiterhin sehr dynamisch auf aktuelle Entwicklungen reagieren könne müsse, betont die Kultur und Werbung Lippstadt GmbH (KWL) in ihrer Pressemitteilung. KWL-Mitarbeiterin Iris Lüttmann erläutert deshalb: „Gebuchte Theater- und Konzertkarten senden wir vier Wochen vor der jeweiligen Veranstaltung mit Rechnung zu. Somit ersparen wir unserem Publikum – und uns – im Fall der Fälle aufwendige Stornierungen und Rückbuchungen.“

Karten für alle Veranstaltungen der KWL, des Städtischen Musikvereins, des Werner-Bohrer-Kreises, der Musikschule und weiterer Veranstalter gibt es ab dem 4. September in der Kulturinformation im Rathaus. Buchungen sind persönlich vor Ort, unter Telefon: (0 29 41) 5 85 11, per E-Mail an post@kulturinfo-lippstadt.de und über das Online-Verkaufssystem auf der städtischen Homepage möglich. Neben verkauften Plätzen bleiben zwei Plätze frei, und in den Reihen werden die Plätze versetzt belegt, so dass die Auslastung auf rund 350 Sitzplätze begrenzt ist.

Iris Lüttmann
KWL-Mitarbeiterin

Virtuose Barockklänge rocken Kunstverein

Thüringer Bach Collegium spielt beim Hauskonzert Kompositionen von Prinz Johann Ernst von Sachsen-Weimar

VON DAGMAR MESCHEDE

Lippstadt – Die Barockmusik gleicht einer fantastischen Wundertüte. Vivaldi, Bach, Purcell, Scarlatti, Telemann, Händel, Lully oder Cavalli – die Liste bekannter Barockkomponisten ist lang. Und aus dieser Zeit gibt es weiter noch Spannendes wiederzuentdecken – die Konzerte von Prinz Johann Ernst von Sachsen-Weimar gehören in jedem Fall dazu. Sechs seiner Kompositionen hat das Thüringer Bach Collegium jetzt beim „WestfalenClassics“-Hauskonzert im Kunstverein aufgetischt unter dem Motto „Virtuose Barockmusik“ vorgestellt.

Um Virtuosität geht es da allemal. Denn die Interpretationen des Thüringer Bach Collegiums leben vom Wechsel der Tempi und Stimmungen. Mal spielen sie temperamentvoll schnell, mal kommen die Töne langsam zart und weich daher. Und das zelebrieren sie äußerst lustvoll. Wunderbar erfrischend leidenschaftlich klingt beispielsweise das Konzert für Violine Nr. 4 d-Moll, das Johann Ernst von Sachsen-Weimar als gerade einmal 15-Jähriger verfasste. Vom schnellen Tempo des erstes Satzes wechseln sie zu ruhig schwelgenden Tönen mit facettenreicher Tiefe und Weite im zweiten Satz, bevor sie es im dritten Satz regelrecht druckvoll rocken lassen.

Mit Temperament und Leidenschaft: Kompositionen von Prinz Johann Ernst von Sachsen-Weimar knöpfte sich das Thüringer Bach Collegium vor. FOTO: MESCHEDE

Dabei legen Gernot Süßmuth (Violine), Alexandre Castro-Balbi (Violoncello), Christian Bergmann (Kontrabass) und Dominik Beykirch (Cembalo) vom Thüringer Bach Collegium den Blick auf die Kompositionsstrukturen frei. Jede Stimme hat in diesem Ensemble ihren festen Platz. Und das Spiel der vier Musiker ist gut aufeinander abgestimmt. So macht das Thüringer Bach Collegium spürbar, wie originell, wendig und unterhaltsam Johann Ernst von Sachsen-Weimars Kompositionen bis heute sind.

Kreativ wie eigenständig ist der typische Vivaldi-Stil aus Ritornellen und Soloepisoden, den der Prinz adaptiert hat. Alles in allem ist es erstaunlich, was von Sachsen-Weimar bis zu seinem Tod im Alter von 18 Jahren zu Papier brachte. 19 Werke hat er verfasst. Sechs davon hat Georg Philipp Telemann im Druck herausgegeben. Selbst Johann Sebastian Bach ließ sich von der Musik des Prinzen inspirieren und bearbeitete vier seiner Konzerte. Natürlich fragt man sich da, was aus Johann Ernst von Sachsen-Weimar Großes noch hätte werden können, hätte er länger gelebt. In jedem Fall bekommt das Publikum bei diesem Hauskonzert im Kunstverein eindrucksvolle Barockklänge zu hören. Die sind in ihrer energiegeladenen Lebendigkeit vor allem mitreißend, wie nicht nur die wendige Interpretation des Konzerts für Violine Nr. 7 G-Dur zeigt. Hinzu kommt Antonio Vivaldis Sonate für Violoncelli und Basso Continuo a-Moll. Schließlich war seine Musik stilprägendes Vorbild für den Prinzen von Sachsen-Weimar.

Neue Rietberger „Lesewiese“ online

Rietberg – Die Stadtbibliothek Rietberg präsentiert eine neue „Lesewiese“ für zu Hause. „Die Prinzessin auf der Erbse“ von Hans Christian Andersen steht im Mittelpunkt des Vorlesevideos, das ab sofort auf der Homepage abrufbar ist. Die Geschichte wird von einem Lesepaten für Kinder ab drei Jahren vorgelesen. Im Anschluss gibt es einen kreativen Basteltipp, passend zum Buch. Alle Kinder, die diesen Tipp nachbasteln und in der Stadtbibliothek Rietberg in der Klosterstraße 13 vorzeigen, bekommen dafür einen Stempel. Bei drei gesammelten Stempeln können sie sich eine kleine Überraschung aus einem „Schatzkoffer“ aussuchen. Die Bibliothek ist montags bis freitags von 15 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet.

www.bibliothek.rietberg.de

LIPPSTADT

MONTAG, 21. SEPTEMBER 2020

GRAF BERNHARD

... schickt Glückwünsche an den Sozialdienst katholischer Frauen und den Sozialdienst katholischer Männer in Lippstadt: Die Verbände haben beim alle drei Jahre vergebenen Innovationsförderpreis des Diözesanverbandes der Sozialdienste katholischer Frauen und Männer im Erzbistum Paderborn den zweiten Platz belegt und ein Preisgeld in Höhe von 2500 Euro bekommen. Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit dem Caritasverband für den Kreis Soest und dem Dekanat haben sie nämlich an der Konzeption und Entwicklung einer Suchmaschine für karitative Angebote im Dekanat Rüthen-Lippstadt mitgewirkt. Wie dem Edelherren berichtet wurde, ist die Suchmaschine in Deutsch, Englisch und Arabisch stark gefragt. Graf Bernhard muss sich davon selbst einmal ein Bild machen. Deshalb schmeißt er zu Hause heute den PC an und klickt sich selbst durch www.caritasfinder.de.

Firmung im pastoralen Raum wieder möglich

Lippstadt – Die im März bedingt durch die Corona-Pandemie ausgefallenen Firmgottesdienste mit Weihbischof Dr. Dominicus Meier OSB können nun von Montag, 28. September, bis zum Mittwoch, 30. September, jeweils um 17 Uhr und um 19 Uhr in der Nicolaikirche gefeiert werden. Dafür haben sich rund 170 Jugendliche und einige Erwachsene angemeldet. Durch die Corona-Bedingungen sind die Plätze ausschließlich für die Firmlinge, ihre Firmpaten und für die engsten Angehörigen reserviert. Die Vorbereitungstreffen für alle Firmfeiern finden von Montag, 21. September, bis Mittwoch, 23. September, ebenfalls um 17 Uhr und um 19 Uhr in der St. Nicolai statt. Alle Firmenbewerber werden dazu gebeten, ihre Firmanmeldung, einen eigenen Kugelschreiber und die Mund-Nasen-Bedeckung mitzubringen.

90 Minuten Stadtgeschichte

Lippstadt – Zur historischen Stadtführung durch die Lippe-Stadt starten Interessierte am Sonntag, 27. September, um 11 Uhr am Rathaus in Lippstadt. Die eindrucksvollsten Stationen der 835-jährigen Geschichte werden bei einem gemütlichen Spaziergang durch die Altstadt erläutert. Die Führung dauert laut Ankündigung etwa 90 Minuten. Anmeldung (begrenzte Teilnehmerzahl) in der Stadtinformation im Rathaus oder unter Telefon (0 29 41) 5 85 15.

Der Patriot

Leserservice:

Abonnement/Zustellung/E-Paper
Telefon: 201-111
Telefax: 201-249
E-Mail: service@derpatriot.de

Redaktion Lippstadt
Telefon: 201-203 oder 204
Telefax: 201-209
E-Mail: redaktion@derpatriot.de

Barbara Birkert führt die Besucher durch die ehemalige Synagoge. Im Hintergrund ist die Ausstellung des Stadtmuseums zu sehen. FOTOS: BALZER

Mit Mut und Zuversicht in die Zukunft

Von der ehemaligen Synagoge gehört haben vermutlich schon viele Lippstädter. Vielleicht wissen sie sogar, wo sie sich befindet. Doch nur die wenigsten haben das unscheinbare Gebäude in der Stiftstraße bisher von innen gesehen. Gestern wurde es der Öffentlichkeit zum ersten Mal seit der weitgehenden Zerstörung im Jahr 1938 zugänglich gemacht. Der sehr gut besuchte Tag der offenen Tür war aber nur der Auftakt zu einer dauerhaften kulturellen Nutzung des Gebäudes.

VON ANDREAS BALZER

Lippstadt – Ganz weit geöffnet werden konnte die Tür coronabedingt freilich nicht. Da immer nur kleine Gruppen das Gebäude betreten durften, in dem bis zum Abend Lesungen, Konzerte, Vorträge und Führungen stattfanden, wurde die Eröffnung kurzerhand auf die Straße verlegt. So konnten auch diejenigen daran teilnehmen, die vielleicht keine der sehr gefragten kostenlosen Eintrittskarten mehr erhalten hatten.

1852 war die Synagoge feierlich eingeweiht worden, die seitdem zentraler Ort des jüdischen Lebens in Lippstadt war, bis sie in der Pogromnacht vom 9. November 1938 – wie so viele Synagogen und jüdische Geschäften in Deutschland – in Brand gesetzt wurde. Danach dienten die Überreste unter anderem als Werkstatt und Lagerhalle, es wurden eine Zwischendecke eingezogen und ein neues Flachdach aufgesetzt. Durch vorgebaute Garagen ist das Haus von der Straße aus inzwischen kaum noch zu sehen. Erst seit Kurzem weiß man, dass trotz all dieser rabiaten Eingriffe von dem 1989 unter Denkmalschutz gestellten Gebäudeensemble noch deutlich mehr erhalten geblieben ist, als bisher angenommen wurde.

Die ehemalige Synagoge mit neuem Leben zu füllen, ist eine Aufgabe, der sich der Historiker Professor Jürgen Overhoff und der Künstler Dirk Raulf mit großer Leidenschaft verschrieben haben. Als engagierten und begeisterten Mitstreiter konnten sie den Gebäudeeigentümer Ulrich Bender ins Boot holen. Der wuchs, wie er gestern berichtete, im Nachbarhaus auf. Die Geschichten seiner Großmutter über das jüdische Leben in der Synagoge hätten sich ihm tief eingeprägt, und so sei er gleich dabei gewesen, als ihm Jürgen Overhoff und Dirk Raulf von ihrem Vorhaben erzählt hätten.

Dirk Raulf (l.) und Christof Sommer.

Der gestrige Tag der offenen Tür fand im Rahmen von Raulfs Jahresprojekt „heimat.kunden“ statt, das auch die Finanzierung übernahm. Das Datum war dabei nicht zufällig gewählt, wie Jürgen Overhoff in seiner Einführung erläuterte. Dieser Tag sei der krönende Abschluss des dreitägigen jüdischen Neujahrsfestes. Und damit das geeignete Datum für den ambitionierten Neuanfang, der in der Stiftstraße versucht wird.

„Das jüdische Neujahrsfest ist ein Tag, an dem man einerseits zurückschauen soll, gerade auch auf das, was nicht gut war, um eine Bilanz zu ziehen, die dann aber, zweitens, dabei helfen soll, nach vorn zu schauen, um Dinge besser zu machen, um mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu sehen, um mit einem Vertrauensvorschuss auf das Kommende, den Feiertag fröhlich miteinander zu feiern“, betonte Overhoff. „Und ich denke, dass wir uns als Lippstädter Bürgerschaft durchaus eingeladen fühlen dürfen, hier einzustimmen, um in diesem Sinne mit einem klaren Blick auf die Vergangenheit, gemeinsam das Neue zu wagen.“

Ein besonders bewegender Zuspruch kam dabei von einem ehemaligen Lippstädter, der heute in Chicago lebt. Der 90-jährige George Levy Mueller wurde als jüdisches Kind mit seiner Schwester Ursula nach Bergen-Belsen deportiert. Die Eltern überlebten den Holocaust nicht, die Kinder wurden jedoch von den Alliierten befreit und von Verwandten in den USA adoptiert. „Danke, dass Sie die Synagoge wieder rehabilitieren und herrichten. Das ist ein wunderbares Projekt“, schreibt George Levy Mueller in einem von Jürgen Overhoff verlesenen Grußwort (vollständiger Text siehe Infokasten).

Große Unterstützung erhielten die Veranstalter auch von der Stadt Lippstadt. Insbesondere vom Fachdienst Kultur und Weiterbildung, dem Stadtmuseum und dem Stadtarchiv, aber auch vom Baubetriebshof, der das Gebäude vor der Veranstaltung tatkräftig entrümpelte.

Als überzeugter Anhänger des Projekts zeigte sich gestern auch Bürgermeister Christof Sommer. „Es gibt in Lippstadt zum Glück eine gute Erinnerungskultur an das jüdische Leben“, betonte der Bürgermeister und verwies unter anderem auf das jüdische Erinnerungszeichen in der Rathausstraße. „Es gibt diese Erinnerungskultur, aber sie ist nicht verortet. Und wo könnte sie besser verortet sein, als in der ehemaligen Synagoge?“

Von der konnten sich die Besucher schließlich auch selbst ein Bild machen. Die Stadtführer Barbara Birkert und Josef Mackenberg erläuterten, was in dem auf den ersten Blick spröden Garagencharme versprühenden Gebäude noch an Spuren der alten Synagoge zu erkennen ist. Sie zeigten, wo der Thoraschrein gestanden hat und wo das Haus in den Jahren nach dem Brand verändert wurde.

Noch in der alten Form erhalten sind dagegen der Garten, den Museumsleiterin Dr. Christine Schönebeck treffend als einen „Ort des Friedens“ beschrieb, und das kleine Gartenhäuschen, in dem sogar noch alte Kritzeleien auf den Toilettenwänden zu finden sind.

Professor Jürgen Overhoff (r.) und Ulrich Bender.

Eine von Christine Schönebeck „in Windeseile“ (Dirk Raulf) zusammengestellte kleine Ausstellung gibt Einblicke in das damalige Leben der jüdischen Gemeinde. Ab Sonntag, 27. September, soll sie in der Rathaus-Galerie zu sehen sein. Und auch eine weitere Veranstaltung in der Synagoge steht schon fest. Sie soll am Sonntag, 8. November, stattfinden, wieder mit einem Kulturprogramm.

(Ein Bericht über das weitere Programm des gestrigen Tages folgt morgen auf der lokalen Kulturseite.)

Das Grußwort von George Levy Mueller

Liebe Bürger und Einwohner von Lippstadt. Danke, dass Sie die Synagoge wieder rehabilitieren und herrichten. Das ist ein wunderbares Projekt. Ich bin dort zum Synagogengottesdienst gegangen und habe dort auch die hebräische Sprache erlernt. An diese Zeiten habe ich gute Erinnerungen. Natürlich erinnere ich mich auch an all das andere, das dann kam, aber wir sollten unseren Blick vor allem auf die Zukunft richten, so wie Sie es gerade tun. Sobald ich die Möglichkeit habe, werde ich nach Lippstadt kommen und der Synagoge einen Besuch abstatten. Beste Grüße Georg Levy (jetzt George Levy Mueller)

Im Gegensatz zur eigentlichen Synagoge ist das Gartenhäuschen vollständig erhalten geblieben.

Guido und Lydia Schlegel spielten mit Dirk Raulf (nicht im Bild) Auszüge aus „Porgy and Bess“ von George Gershwin.

Der Patriot VOR 100 JAHREN

Die Typhusepidemie in der Gegend um Anröchte scheint immer mehr an Ausdehnung zu gewinnen. Trotz aller sanitären Maßnahmen - berichtet der Patriot im Jahr 1920 - konnte ein Nachlassen der Seuche bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die Behörden reagieren damals damit, dass sie die Schließung der Schule verfügen, um eine Ausbreitung durch die Verringerung von Kontakten zu verhindern. Unbehandelt führt die Infektionskrankheit in vielen Fällen zum Tode.

www.derpatriot.de/archiv

ZAHL DES TAGES

50,4

Kilo Holz pro Einwohner sind im statistischen Schnitt im ersten Halbjahr aus den heimischen Wäldern ins Ausland exportiert worden. Hauptabnehmer ist China mit einem Anteil von über 50 Prozent. Ins Ausland gingen zuletzt zwischen einem Drittel und der Hälfte des Einschlags. Nach IT.NRW-Angaben beläuft sich der statistische Altkreis-Erlös im ersten Halbjahr auf etwa eine Million.

BLITZER

Am letzten Tag des Sommers nochmal Gas geben? Das kann an der Hauptstraße in Stirpe und der Anröchter Ortsdurchfahrt in die Hose gehen.

Bildungstreffs für Frauen

Lippstadt – Mit zwei neuen Bildungstreff-Angeboten für Frauen startet die Ini-Weiterbildungseinrichtung im Oktober: Die Angebote rund um „Austausch, Kaffee, Wissen, Miteinander, Spaß und vieles mehr“ finden jeweils am ersten Mittwoch im Monat – vormittags oder abends statt. Willkommen sind laut Ankündigung Frauen jeden Alters, die sich für „vielfältige Themen“ interessieren und gerne Menschen kennenlernen. Das erste Treffen ist am 7. Oktober geplant, jeweils von 10 bis 11.30 Uhr und von 19.30 bis 21 Uhr. Die Angebote finden im Ini-Kasino und in der Ini-Cafeteria statt. Weitere Informationen und Anmeldung bei Stephanie Schoen unter Telefon (0 29 41) 75 21 63.

Computerdesign und App-Entwicklung

Lippstadt – Die zdi-Zentren Hamm, Unna und Soest bieten in den kommenden Herbstferien zwei kostenlose Onlinekurse für Schüler in Kooperation mit dem zdi-Schülerlabor der heimischen Hochschule Hamm-Lippstadt an. Die Kursthemen sind nach Angaben der Veranstalter Computerdesign und App-Entwicklung. Anmeldung für den Kurs „Computerdesign mit Blender“ bis zum 6. Oktober per Mail an zdi-schuelerlabor@hshl.de. Anmeldung für den Kurs „App-Entwicklung mit Flutter“ bis zum 8. Oktober ebenfalls per Mail an zdi-schuelerlabor@hshl.de

Geschichte sinnlich erfahrbar machen

Kaum war die letzte Note von Maurice Ravels „Kaddisch“ aus ihrem Munde verhallt, verließ die Sängerin Oona Kastner überrollt von Emotionen fluchtartig den Raum. Sie war den Tränen nah, wie sie später erzählte, an einem Ort, der am Sonntag viele berührte: der ehemaligen Lippstädter Synagoge.

VON MARION HEIER

Blicker-Redakteur erinnerte an das Schicksal der jüdischen Zwangsarbeiterinnen in Lippstadt. FOTOS: HEIER

Lippstadt – Mit dem Tag der offenen Tür in der ehemaligen Lippstädter Synagoge (siehe auch Artikel auf der ersten Lippstadt-Seite in der gestrigen Ausgabe) setzte das Initiatoren-Team mit Künstler Dirk Raulf, Professor Jürgen Overhoff und Eigentümer Ulrich Bender nicht nur ein Zeichen gegen das Vergessen, sondern auch ein Signal für den Aufbruch. Für sie war die – im Rahmen von Raulfs Jahresprojekt „heimat.kunden“ stattfindende – Veranstaltung nicht nur Auftakt zu einer neuen Erinnerungskultur, die die Auseinandersetzung mit der lokalen und lebendigen Geschichte Lippstadts an einem ihrer Ursprungsorte ermöglicht. Sie war auch der Start für eine neue kulturelle Begegnungsstätte im historischen Umfeld der Stadt.

Euphorisiert von der großartigen Resonanz und überraschenden Begegnungen mit Zeitzeugen sind die Initiatoren höchst motiviert, das Gebäude an der Stiftstraße mit „neuem Geist“ zu beleben. Jetzt soll zunächst einmal alle zwei Monate eine Veranstaltung dort stattfinden, die nächste ist am Sonntag, 8. November.

Ausgebucht waren die jeweils einstündigen Zeitfenster, in denen coronabedingt nur jeweils 20 Besucher ins Gebäude gelassen werden konnten. In dieser Stunde erlebten sie jenen „vergessenen Ort“, der – wie Raulf sagt – wieder ins Bewusstsein der Menschen rücken soll. Ein jeweils 20-minütiges Programm machte die Bedeutung des geschichtsträchtigen Ortes sinnlich erfahrbar.

Oona Kastner aus Bielefeld las die Erzählung „Kristall und Schäferhunde“ der 1917 in Paderborn geborenen Autorin Jenny Aloni, die später eine bedeutende Vertreterin der deutschsprachigen Literatur Israels wurde. Kastner musste das Werk, in der Aloni die Pogromnacht in Paderborn verarbeitet, auf knappe 20 Minuten kürzen, doch gelang es ihr, das Ansinnen der Schriftstellerin, die Grausamkeit des Geschehenen und das, was sie psychisch in ihr hinterlassen hat, zu komprimieren.

Im Gegensatz zur poetischen Sprache stehen die brutalen Gräueltaten der Nazis, die brennenden Synagogen und verwüsteten Geschäfte. „Schäferhunde und Kristall, die Symbole jener Tage sind Symbole der Finsternis, die ich vergessen muss“, zitierte Kastner Aloni, die in der Nacht ihre Heimat verlor. Sie selbst konnte 1939 nach Palästina fliehen, ihre Eltern und eine Schwester wurden im Holocaust ermordet.

Blicker-Redakteur Christoph Motog schlug in seinem Vortrag über „Jüdische Zwangsarbeiterinnen in Lippstadt“ ein bedrückendes und lange verdrängtes Kapitel auf. Wie in einem Roman lässt er darin Personen und Orte lebendig werden. „Bis zum letzten Augenblick hörte ich sie schreien: Olena, Olena, rette mich!“, erinnerte er an ukrainische Jüdinnen, die den Tod im Massengrab fanden.

Als man mit Hilfe der früheren ukrainischen Erntehelferin Olena den Ort des Massakers wiederfand, stieß man auch auf eine in der Lippstädter WMI hergestellten Patronenhülse. Diese Kapsel befindet sich heute im United States Holocaust Museum in Washington.

Bis Kriegsende wurde von jüdischen Zwangsarbeiterinnen in Lippstadt in den Lagern auf dem Gelände der Lippstädter Eisen- und Metallwerke (heute Hella Nordwerk) und am Stammwerk der WMI an der Hospitalstraße Munition hergestellt. Motog lieferte Details über die Einzelschicksale von Frauen, die zum Teil überlebten und erst im hohen Alter darüber sprechen konnten.

So berichtete er von der 97-jährigen Iby Knill, zu der er immer noch Kontakt hat. Auch sie landete nach der Tortur in Auschwitz durch Mengele-Experimente als Zwangsarbeiterin in Lippstadt. Sie berichtet von der Deportation drei junger Mütter nach Bergen-Belsen, wobei ein SS-Mann ein Baby mit seinen Stiefeln zerquetschte. „Wäre das Kind bei der Ankunft noch am Leben, würdet ihr beide direkt in den Tod geschickt. Allein hast du vielleicht noch eine Chance“, habe er gesagt. Die Frau überlebte die tödlichen Absurditäten des Holocaust.

Iby Knill reise noch heute quer durch England, um sich gegen Intoleranz und Vorurteile einzusetzen: „Tief in unserem Inneren sind wir alle gleich. Das Entscheidende ist, Unterschiede zu respektieren und wertzuschätzen. Und wir müssen lernen, friedlich in gegenseitigem Vertrauen zusammen zu leben“, lautet ihre versöhnende Botschaft.

Der Paderborner Schauspieler Daniel Minetti las – ganz angetan davon, dass sich die David-Gans-Straße bald nebenan befindet – aus der „Chronikartigen Weltgeschichte unter dem Titel: Zemach David“ des bedeutenden Lippstädter Gelehrten, dessen Grab heute wie das seines berühmten Lehrers Rabbi Löw auf dem Alten Jüdischen Friedhof in Prag zu finden ist.

1541 als Kind einer jüdischen Familie in Lippstadt geboren, wandte sich David Gans mit Feuereifer den Wissenschaften Geographie und Astronomie zu. Minetti lässt in der Chronik die Seuchen des Mittelalters, den Buchdruck Gutenbergs, die Belagerung der Böhmen vor der Lippe, den Aufbruch Kolumbus und die Reformation Martin Luthers passieren. Mit der Botschaft, die Naturgewalten als göttliche Warnung zu betrachten, endet Gans’ Chronik mit einem Gebet.

Ein ungewöhnlich vertontes Lob Gottes erklang abschließend mit Oona Kastners „Hallelujah“ von Leonard Cohen, das sie in einer sehr meditativ, sphärisch anklingenden Improvisation vollkommen neu intonierte. Als sich dann in Maurice Ravels „Kaddisch“ ihre Stimme in der hallenden Akustik des Ortes zu einem gesungenen, eindringlichen Gebet erhob, beschlich auch andere die emotionale Kraft dieses Moments.

Daniel Minetti las aus David Gans’ „Chronikartigen Weltgeschichte“.

Oona Kastner berührte die Zuhörer mit Maurice Ravels „Kaddisch“.

Ausstellung über Ferdinand Kriwet

Oelde – „Auch wende ich mich entschieden gegen die Institutionalisierung des Buches als der einzig rechtmäßigen Heimstatt von Poesie“, erklärte der Autor Ferdinand Kriwet im Jahr 1965. Das Museum für Westfälische Literatur in Oelde-Stromberg folgt diesem Diktum und gibt in der ersten Einzelausstellung nach Kriwets Tod im Dezember 2018 einen Überblick über sein literarisches Werk, das nach Museumsangaben die klassischen Gattungen von Literatur, Kunst, Theater, Film und Musik sprengt.

Vielfältiges Schaffen

Die Ausstellung „Aufgerollte Reise“ zeigt vom 1. November 2020 bis zum 14. März 2021 auf dem Kulturgut Haus Nottbeck zum einen alle Publikationen des 1942 in Düsseldorf geborenen Autors, von seinem im Alter von 19 Jahren bei DuMont in Köln veröffentlichten „Rotor“ bis zum letzten Buch „Rum wie num“, posthum im Verlag Tino Graß erschienen. Zum anderen eröffnen großformatige Textarbeiten im Außenbereich des Kulturguts, audiovisuelle Arbeiten sowie eine Auswahl weiterer Werke einen Einblick in die Vielfalt von Kriwets Schaffen.

Medienkunstpionier

Ferdinand Kriwet war den Angaben zufolge ein Pionier der Medienkunst. Seine Arbeiten für das Radio, viele davon vom WDR (mit-)produziert, seien zentrale, einflussreiche Werke der Originalton-Collage. Aus den Bild-, Film- und Tondokumenten der amerikanischen medialen Berichterstattung über die Mondlandung 1969, die Kriwet in New York zusammentrug, entstanden der Hörtext und das Buch „Apollo Amerika“ sowie der Film „Apollovision“. Ein weiteres mediales Großereignis, mit dem Kriwet sich ebenfalls in Amerika beschäftigte, war der US-Wahlkampf 1972: „Campaign“.

Landeswappen NRW

Mitte der 1970er Jahre zog sich Ferdinand Kriwet nach Museumsangaben für längere Zeit zurück. Er lebte 14 Jahre in der Eifel und sieben Jahre in Ostfriesland. Die Gestaltung des Landeswappens NRW für den Landtag in Düsseldorf 1988 war Kriwets letzte größere architekturbezogene Auftragsarbeit, bevor er ab 2004, dann in Dresden lebend, wieder in Ausstellungen vertreten war und neue Werkgruppen schuf. 2011 widmete ihm die Kunsthalle Düsseldorf unter dem Titel „Yester?n?Today“ eine umfangreiche Retrospektive.

Zweiteiliges Projekt

Die Präsentation im Haus Nottbeck ist Teil eines zweiteiligen Ausstellungsprojekts in Kooperation mit dem Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf. Die dortige Ausstellung untersucht ab März 2021 Kriwets Wirken im Kontext der Düsseldorfer Szene in den 1960er und 1970er Jahren.

Im Rahmen der am Sonntag, 1. November, um 16 Uhr beginnenden Vernissage wird der Film „Campaign. Wahlkampf in den USA“ gezeigt. Anschließend liest der Schauspieler Andreas Ladwig ausgewählte Texte aus dem Lesebuch „Ferdinand Kriwet“. Die Einführung in das Werk des Künstlers übernimmt Bettina Brach, Inhaberin des Nachlasses und Kuratorin aus Bremen.

Jubilarehrung von höchster Intensität

Beethovenkonzert begeisterte in der Jakobikirche, litt aber unter einer instrumentalen Unausgeglichenheit

VON ALFRED KORNEMANN

Lippstadt – Es ist in unserer konzertabträglichen Zeit nicht einfach, bei seiner Konzertplanung den Vorstellungen selbst Genüge zu tun. So sind viele Überlegungen anzustellen: Lässt sich eine Programmstruktur, die in sich überzeugend erscheint und nicht nur eine Brockensammlung enthält, erstellen? Lässt sich das Publikum aktivieren – aber das scheint ja konzertungrig zu sein.

Da ist der zuständige Intendant gefragt. Und der hat sich beim Kammermusikfestival „WestfalenClassics“ in jeder Hinsicht offen gezeigt, jedenfalls was den Blick auf die Räumlichkeiten betrifft. Das Publikum selbst hat sich am Samstag in der Lippstädter Jakobikirche mit Berechtigung dankbar und begeistert gezeigt.

„Dem Jubilar zu Ehren“, mit dem op. 1 Nr. 1 in Es-Dur und dem anspruchsvollen op. 97 B-Dur begeisterten zwei Meisterwerke des Komponisten Ludwig van Beethoven der Gattung Klaviertrio mit reicher Ausdrucksskala und hohem Klangreichtum, wozu besonders das Violoncello markanten Ausdruckswert leistete.

Diese beiden Werke in der Folge eines Konzertabschnitts am Abend gespielt zu haben, und das mit höchster Intensität, das verdient große Anerkennung. Auch darum, weil das Zusammenspiel der Instrumente ungewohnt unausgeglichen erschien. So wirkte José Gallardo (Klavier) in einigen Partien des Es-Dur-Trios beinahe versponnen romantisierend, während er insgesamt die Partie auch im op. 97 klanglich allzu beherrschend vorführte. Darunter litt dann besonders die sensible Figuration zwischen Violine und Violoncello.

Gernot Süßmuth (Geige), José Gallardo (Klavier) und Alexandre Castro-Balbi (Cello) widmeten sich in der Jakobikirche dem Jubilar Ludwig van Beethoven.

Gernot Süßmuth ist ein Geiger von großer Meisterschaft, was er oft genug bei „WestfalenClassics“ bewiesen hat – der diesmal aber, das mag akustisch bedingt gewesen sein, unter die Räder seiner Mitkombattanten geriet, als hätte er sein Instrument ausgewechselt.

Im Zusammenspiel mit dem prachtvollen Cellisten Alexandre Castro-Balbi aber bewies er seinen ausgeprägten Sinn für sensible Klangausdeutung. Wer befürchtet hatte, dass sich eine leichte Corona-Resignation auf die ausführenden Musiker gesenkt haben könnte, der wurde eines Besseren belehrt. Und das für jedes weitere Musizieren bitte auf gleichem Niveau!

Veranstaltungsübersicht Kulturraum Synagoge Lippstadt

2024 (Stand 1.11.2024)

Ausstellungen
Scheibe & Güntzel "Waschbeton" (permanente Installation im Synagogengarten)
Scheibe & Güntzel "Der Garten der Diaspora der Diaspora" (permanente Installation im Gartenhaus)
Scheibe & Güntzel "Bitter" (Performance auf dem Lippstädter Wochenmarkt)
"Am Anfang war MAUS" - Politische Comics und Graphic Novels
Nils Oskamp "Drei Steine" - Graphic Novel gegen Rechts
20 Jahre Lichtpromenade Lippstadt, Kulturraum Synagoge als einer von 8 Ausstellungsorten
Ausstellungseröffnung Claus Richter, Das Kleine Haus
Nacht der Lichtkunst: Raumzeitpiraten „Physarum“

Lesungen/Vorträge/Gespräche
Itamar Gov & Eran Schaerf, Özlem Özgül Dündar, Maurizio Onano, Oona Kastner & Dirk Raulf "Das Baßsaxophon“ von Josef Skvóretzky, Nils Oskamp, Alex Jacobowitz, Benjamin Ziemann "Martin Niemöller“, Michel Bergmann, Hannah Brinkmann, Hamed Eshrat, Lesung zum Jahrestag der Bücherverbrennung, “Über Comics" - Podium mit Sven Jachmann, Nicholas K. Johnson, Mati Shemoelof, Stadtensemble Münster "Geheimplan gegen Deutschland“, Uwe von Seltmann, Christine Brinck & Josef Joffe, Barbara Yelin, “Die Frau an seiner Seite" (mit Inga Dietrich, Sabine Werner, Joanne Gläsel), Adrian Pourviseh, Hans Christoph Fennenkötter, Thomas Sparr, Robert Krieg & Daniel Daemgen, Karolin Schwarz, Burak Yilmaz, Willem Schulz, Jürgen Overhoff/Dirk Raulf lesen "Israel" von Navid Kermani und Natan Sznaider

Film
Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler (Regie Dani Levy, DE 2007)
A Revolution on Canvas (Doku, USA 2023)
Miss Holocaust Survivor (R: Radek Wegrzyn, DE 2019 - 2022)
Unter Bauern – Retter in der Nacht" (R: Ludi Boeken, DE 2009)
Lebensunwert. Paul Brune – NS-Psychiatrie und ihre Folgen (Krieg/Nolte, DE 2005)
Vor der Morgenröte (R: Maria Schrader, DEU/FRA/AUT 2016)
Persepolis (von Marjane Satrapi, FRA 2007)
Wo ist Anne Frank? (von Ari Folman, FRA/ISR 2021)
Tango Shalom (von Gabriel Bologna, USA 2023)
Endlich Tacheles (von Jana Matthes & Andrea Schramm, DE 2020)
Das Klezmer Projekt (von Leandro Koch & Paloma Schachmann, AUS/ARG 2023)
Das Schloss (von Michael Haneke, DEU/AUS 1996)
Monsieur Klein (Spielfilm, FRA 1976)
Die Amitié (Spielfilm DE 2023)

Tanz
Ilona Pászthy / IPtanz „Silence“
Schüler:innen-Projekt „In Stille“ mit Ilona Pászthy

Musik
Willem Schulz, Ramona Kozma, Tex Brasket, Maryam Akhondy & BANU, d.o.o.r, Alex Jacobowitz, Trupa Trupa

2023

Ausstellungen
Michal Fuchs "Grünebergs sind verrückt"
Johannes Jäger
"Light Art Lippstadt II" – Gruppenausstellung mit Bettina Briesenick-Becker, Michal Fuchs, Johannes Jäger, Lynne Leegte, Stan Pete, Horst Rottjakob-Stöwer, Michael Vorfeld, Peter Wehowsky
Tim Young

Lesungen/Vorträge/Gespräche
Andreas Pflüger, Sophie Sumburane, Michel Bergmann, Orkun Ertener, Andreas Kossert, Emanuel Bergmann, Dana Vowinckel, George Levy Mueller, Katharina Peter, Albrecht Dümling, Fatih Çevikkollu, Ingke Brodersen, Bürgerlesung zum 90. Jahrestag der Bücherverbrennung, Schüler-Veranstaltung zum Pogrom-Gedenktag 9. November

Film
Shoah (Dokumentarfilm von Claude Lanzmann, F 1985)
Das Blumenwunder (Stummfilm, Deutschland 1926, mit neuer Live-Musik)
Interview-Filme mit George Levy Mueller und Ursula Levy (© Gedenkstätte Bergen-Belsen)
Nachlass & Nachlass-Passagen (Dokumentarfilme von Gabriele Voss & Christoph Hübner, D 2019/20)
Exil Shanghai (Dokumentarfilm von Ulrike Ottinger, Deutschland/Israel 1997)
Südostpassage (Dokumentarfilm von Ulrike Ottinger, Deutschland 2002)
Ich bin ein Elefant Madame (D 1969, R: Peter Zadek)
Winterreise (DÄN/DE 2019, R: Anders Østergaard)
Warum Israel (Claude Lanzmann, F 1973)

Musik
d.o.o.r, Trio Picon, Oona Kastner, Koro Turco, Michael Vorfeld

Licht-Installation „Physarum“ der Raumzeitpiraten, Okt./Nov. 2024